

Inhaltsverzeichnis

- | |
|---|
| 1. World Congress of Families |
| 2. Alliance Defending Freedom (ADF) |
| 3. Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten |

World Congress of Families

Der **World Congress of Families** (WCF) ist eine internationale Konferenz, die ultra-christlich-konservative Werte international fördert und sich gegen Scheidung, gleichgeschlechtliche Ehe und Abtreibung ausspricht. [1] Der WCF verfolgt eine Anti-Gender-Agenda und bietet rechten Politiker:innen und Aktivist:innen eine Plattform sowie Vernetzungsmöglichkeiten. Insbesondere seine Verbindungen zu russischen Oligarchen, die ihn auch finanziell unterstützen, stößt auf Kritik. [2]

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| 1 Organisationsstruktur und Einfluss | 2 |
| 2 European Congress on Family (ECF) | 4 |
| 3 Akteure und Teilnehmende | 4 |
| 4 Finanzierung | 5 |
| 4.1 Russische Oligarchen | 5 |
| 4.2 Unternehmen | 6 |
| 4.3 Investitionen von Partnerorganisationen des WCF in Europa | 6 |
| 5 Kritik | 7 |
| 6 Einelnachweise | 7 |

Organisationsstruktur und Einfluss

Der World Congress of Families (WCF) ist die Hauptveranstaltung der [International Organization for the Family](#) (IOF), die auch als Howard Center for Family, Religion, and Society auftritt. [3][4] Der WCF vertritt eine extrem konservative Agenda und lehnt Konzepte wie Scheidung, Abtreibung und LGBTQ-Rechte ab. Er setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf einem extrem konservativen Familienbild basiert und bietet verschiedenen rechten Ideologien eine Plattform. [5]

Der WCF dient dabei weniger als direktes Lobbying-Instrument, sondern vielmehr als Networking-Plattform. Er ermöglicht verschiedenen Organisationen, Aktivist:innen und Politiker:innen den Austausch konservativer Ideologien und den Aufbau entsprechender Infrastrukturen. Teilnehmer:innen nutzen den WCF, um internationale Kontakte zu knüpfen und Strategien für politische Einflussnahme zu entwickeln, die oft als menschenfeindlich kritisiert werden.

World Congress of Families Partners 2017 waren^[6]:

- African organization For The Family (Kenia)
- Angels of Charity and Music
- Alive to the World (GB)
- [Alliance Defending Freedom \(ADF\)](#)
- Latin American Alliance for the Family (Venezuela)
- Ancient Faith Radio
- Associazione per La Difesa die Valori Cristiani – Luci sull'Est (Italien)
- Australian Christian Lobby
- Black Conservative Summit
- Christian Film Television Commission

- Christian Concern (GB)
- CitizenGO
- Classical Conversations
- Dads4Kids (Australia)
- Dveri (Serbien)
- Ethics and Public Policy Center
- Family First Foundation
- Family First New Zealand
- Sanctity of Motherhood Program (Russland)
- Family Policy Institute (Südafrika)
- Family Watch International
- Fellowship of St. James
- Foundation For African Cultural Heritage (Nigeria)
- Freedom's Journal Institute for the Study of Faith and Public Policy
- Georgian Demographic Society (Georgien)
- hatzeOir.org
- Heartbeat International
- Lighted Candle Society
- MovieGuide
- National Center on Sexual Exploitation
- National Organization for Marriage
- Nocea Terra Foundation (Italien)
- Power of Mothers
- ProVita (Italien)
- REAL Women of Canada
- Kenya Christian Professionals Forum
- Touchstone Magazine: A Journal of Mere Christianity
- UptoFaith
- Worldwide Organization for Women

Zu den Referent:innen gehören ultrakonservative Akteure wie Brian Brown, Präsident der International Organization for the Family, welcher auch im Vorstand der Organisation CitizenGO sitzt und Verbindungen zu rechten Parteien, wie beispielsweise der spanischen Vox-Partei hat.^[7]

Der WCF hat in verschiedenen Ländern politischen Einfluss ausgeübt:

- Mitwirkung an Anti-LGBTQ-Gesetzen in Nigeria, Uganda und Kenia ^[8]
- Unterstützung bei der Formulierung von Anti-LGBTQ-Gesetzen in Russland ^[8]
- Kooperation der spanischen Partnerorganisation CitizenGo mit der deutschen Anti-Gender-Bewegung "Demo für Alle" ^[9]
- Larry Jacobs, ein Vertreter des WCF beriet bei Anti-LGBTQ-Gesetzen in Russland und unterstützte öffentlich das russische LGBT-Propaganda-Gesetz. ^[10]

Der letzte [Kongress](#) fand 2019 in Verona statt (Stand: 10/2025). Die Redner sind [hier](#) abrufbar.

European Congress on Family (ECF)

Der European Congress on Family (frühere Bezeichnung: European Congress of Families) wird von der European Conservatives and Reformists Party (ECR) veranstaltet. [11] Zu den hier abrufbaren Mitgliedern gehören: Fratelli d' Italia, polnische PiS und Electoral Action of Poles in Lithuania - Christian Families Alliance. Die jüngste Veranstaltung fand vom 18. bis zum 20. Oktober 2024 in Dubrovnik, Kroatien statt. WCF und ECF teilen ähnliche ideologische Ausrichtungen und Ziele. Der ECF ist eine Organisation, die sich mit Familienpolitik und verwandten Themen aus konservativer Perspektive befasst. Sowohl der ECF als auch der WCF ziehen Redner:innen und Teilnehmer:innen aus konservativen und rechten politischen Kreisen an. [7] Brian Brown, Präsident der International Organization for the Family, war ein Hauptredner der Konferenz 2023 in Dubrovnik. [12]

Trotz der Ähnlichkeiten gibt es einige Unterschiede zwischen ECF und WCF: [7]

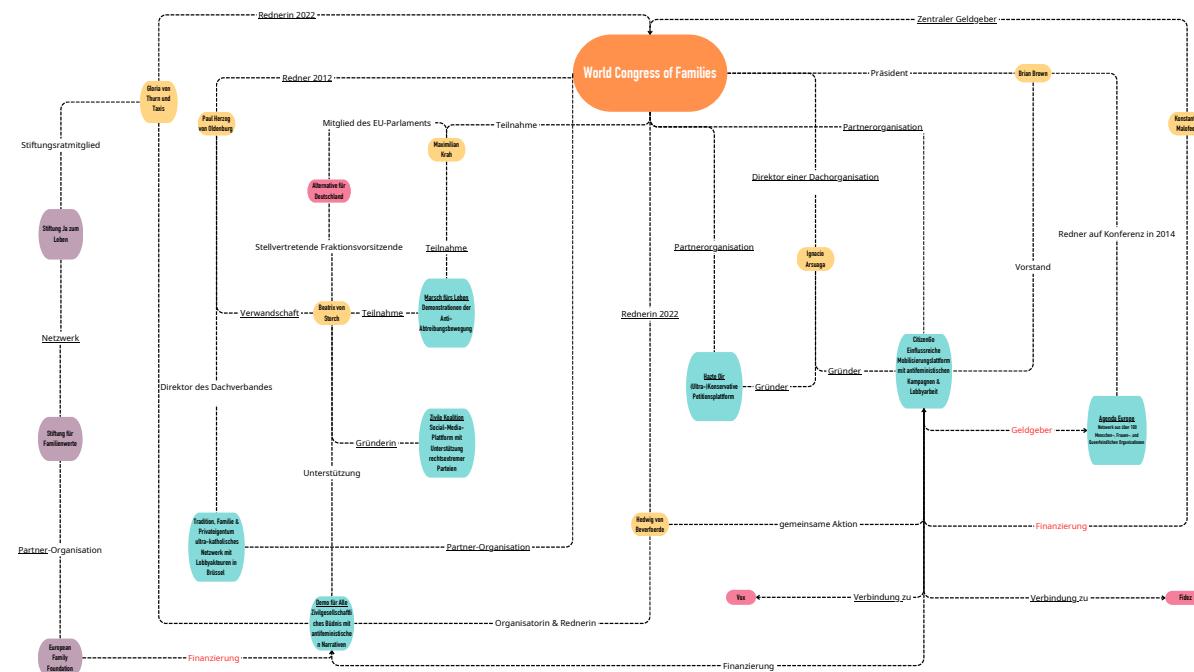
- Der ECF konzentriert sich speziell auf europäische Themen und Politik, während der WCF global ausgerichtet ist.
- Der ECF wird als weniger kontrovers wahrgenommen als der WCF, der von einigen Kritiker:innen als extremistischer eingestuft und mit russischer Finanzierung in Verbindung gebracht wird.
- Einige Politiker:innen, die am ECF teilnehmen, distanzieren sich von den radikaleren Positionen des WCF, obwohl es thematische Überschneidungen gibt.

Akteure und Teilnehmende

Der WCF und der ECF ziehen eine Vielzahl von Politiker:innen, Aktivist:innen und Organisationen an, die konservative und rechte Familienwerte vertreten, darunter

- Matteo Salvini (Italien, stellvertretender Ministerpräsident) [13]
- Antonio Tajani (Italien, Mitglied im Kabinett Meloni und ehem. Präsident des Europäischen Parlaments) [14]
- Viktor Mihály Orbán (Ungarn, Ministerpräsident) [15]
- Carlo Casini (Italien, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments) [16]
- Jaime Mayor Oreja (Spanien, Mitglied des Europäischen Parlaments und ehem. Innenminister) [17]
- Konrad Szymanski (Polen, ehem. Minister für Europäische Angelegenheiten und Mitglied des Europäischen Parlaments) [18]
- Anna Záborská (Slowakei, ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments) [16]
- Maximilian Krah (Politiker, AfD) [13]
- Beatrix von Storch (Politikerin, AfD) [19]
- Tilman Ruesch (Investor, Stiftungsrat Stiftung für Familienwerte) [20]
- Hedwig von Beverfoerde (Aktivistin und Sprecherin der Initiative "Demo für Alle") [18]
- Gloria von Thurn und Taxis (Unternehmerin) [13]
- David Bendels (Chefredakteur des AfD-nahen "Deutschland-Kuriers" und ehemaliger Vorsitzender des Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten) [13]

Die Teilnahme dieser Akteure unterstreicht die Vernetzung rechtspopulistischer Kräfte im Bereich der Familienpolitik auf europäischer Ebene.



Finanzierung

Der WCF erhält finanzielle Unterstützung aus verschiedenen Quellen, darunter russische Oligarchen, Unternehmen und christliche Organisationen. [2] Die Finanzierung ist jedoch an vielen Stellen intransparent. Oft melden beteiligte Organisationen ihre Ausgaben nicht öffentlich oder sind als Kirchen oder gemeinnützige Vereine registriert und müssen keine detaillierten Finanzberichte offenlegen. In Ländern wie Russland, Polen, Ungarn und Italien erhielten WCF-Kongresse auch Unterstützungen der jeweiligen Regierungen. [13]

Russische Oligarchen

Zu den wichtigsten Geldgebern des WCF gehören die russischen Oligarchen Konstantin Malofejew und Wladimir Jakunin, die enge Verbindungen zum Kreml haben. Jakunin war bis 2015 Chef der russischen Staatsbahn und gilt als enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin. 2014 hätte der WCF in Moskau stattfinden sollen, aufgrund internationaler Sanktionen fiel dieser Kongress offiziell aus, fand jedoch unter anderem Namen, mit den selben Teilnehmer:innen, Redner:innen und dem selben Veranstaltungsort trotzdem statt. [2]

In der Folge veröffentlichte ein russisches Kollektiv Dokumente über die Finanzierung des Kongresses, welche zum ersten Mal offenlegten, dass die beiden russischen Oligarchen Malofejew und Jakunin zwei der wichtigsten finanziellen Förderer des WCF sind. Dabei spielen sie nicht nur eine wichtige Rolle für den WCF, sondern haben auch großen Einfluss auf den Geldfluss russischer Anti-Gender Akteure in Europa.^[2] Sowohl Jakunin als auch Malofejew nutzen die Finanzierung verschiedener Organisationen und Denkfabriken, welche als Anti-Gender Akteure arbeiten, um Gelder nach Europa fließen zu lassen. Zwischen 2009 und 2018 betrugen die Gesamtausgaben:^[2]

Jakunin

- Istoki Endowment Fund (90,6 Mio. USD)
- St. Andrew the First-Called Foundation (1,6 Mio USD)
- Dialogue of Civilizations Research Institute (18,8 Mio USD)

Malofejew

- Saint Basil the Great Charitable Foundation (77,3 Mio USD)

Unternehmen

Des Weiteren zeigen Recherchen von openDemocracy, dass der WCF in der Vergangenheit von mehreren Großkonzernen unterstützt wurde, darunter: ^[13]

- die spanische Fluggesellschaft Iberia
- das polnische Mineralölunternehmen Orlen
- Shamrock Foods, ein großes US-Molkereiunternehmen
- Villa Sandi, ein bedeutender italienischer Prosecco-Exporteur

Investitionen von Partnerorganisationen des WCF in Europa

Investigative Recherche von openDemocracy haben zudem ergeben, dass Partnerorganisationen des WCF seit Jahren hohe Geldsummen in Europa investieren:^[21]

- Die [Alliance Defending Freedom \(ADF\)](#) hat zwischen 2011 und 2021 fast 28 Millionen Euro in Europa investiert. Zwischen Mitte 2022 und Mitte 2023 investierte ein Ableger der ADF 650.000 Euro nur in politisches Lobbying ^[22]
- Das Acton Institute for the Study of Religion and Liberty hat seit 2008 mehr als 1,7 Millionen Dollar in Europa ausgegeben. Weitere Ausgaben sind undurchsichtig, jedoch hat das Acton Institute ein Büro in Rom, was Einfluss auf politisches Geschehen zumindest in Italien vermuten lässt ^[23]
- Tradition, Family and Property (TFP) hat zwischen 2009 und 2018 über 11 Millionen Dollar in Europa investiert.^[2]
- HatzeOir und CitizenGO haben zwischen 2009 und 2018 fast 33 Millionen Dollar investiert.^[2]

Diese großen Partnerorganisationen des WCF erhalten oftmals Unterstützung von konservativen US-Milliardär:innen. Beispielsweise wird die ADF zu großen Teilen durch die DeVos Foundation finanziert, welche eine Stiftung der Familie von **Betsy DeVos** ist – ehemalige Bildungsministerin unter Trump 2016. Auch das Unternehmen Academi, vorher bekannt als Blackwater und gegründet von Betsy DeVos' Bruder Erik Prince, finanziert die ADF. [24]

Kritik

Der WCF wird von Kritiker:innen als Teil einer rechtskonservativen Bewegung gesehen, die gegen die Rechte der LGBTQ-Community und reproduktive Selbstbestimmung agiert. Die Aktivitäten der Organisation werden im Kontext eines wachsenden Rechtspopulismus in Europa und weltweit als besorgniserregend betrachtet. Der WCF wird von der US-Organisation Southern Poverty Law Center (SPLC) als extremistisch eingestuft. [25] [26]

Einelnachweise

1. ↑ [World Congress of Families\(WCF/International Organization for the Family \(IOF\)\)](#) loc.gov, abgerufen am 30.07.2024
2. ↑ [2,02,12,22,32,42,52,6](#) die Spitze des Eisbergs, epfweb.org im Juni 2021, abgerufen am 30.07.2024
3. ↑ [International Organization for the Family](#), influencewatch.org, abgerufen am 03.11.2025
4. ↑ [The International Organization for the Family](#), projects.propublica.org, abgerufen am 03.11.2025
5. ↑ [Weltweites rechtes religiöses Netz](#), deutschlandfunk.de vom 05.05.2021, abgerufen am 30.07.2024
6. ↑ [World Congress of Families Partners 2017](#), profram.org vom 14.09.2027, abgerufen am 30.07.2024
7. ↑ [7,07,17,2](#) [<https://bylinetimes.com/2024/03/11/the-european-congress-of-families-and-the-international-organization-for-the-family> The European Congress of the Families and International Organization for the Family], bylinetimes.com vom 11.03.2024, abgerufen am 30.07.2024
8. ↑ [8,08,1](#) [Exposed: The World Congress of Families](#), assets2.hrc.org von Juni 2025, abgerufen am 30.07.2024
9. ↑ [Keimzelle der Nation: Teil 2](#), library.fes.de im Dezember 2014, abgerufen am 30.07.2024
10. ↑ [world congress of families](#), splcenter.org abgerufen am 30.07.2024
11. ↑ [EUROPEAN CONGRESS ON FAMILY II EDITION](#), ecrparty.eu vom 18.10.204, abgerufen am 05.11.2025
12. ↑ [Speakers](#), families.ecrparty.eu, abgerufen am 05.11.2025
13. ↑ [13,013,113,213,313,413,5](#) [Ultrakonservativer Kongress in Verona Sponsoring für Rechte](#), taz.de vom 23.05.2024, abgerufen am 30.07.2024
14. ↑ [Europe heads to the polls: right wing networks form along family policy issues](#), eu.boell.org am 10.04.2019, abgerufen am 30.07.2024
15. ↑ [Hungary's prime minister welcomes US anti LGBT hate group](#), theguardian.com am 26.05.2017, abgerufen am 30.07.2024
16. ↑ [16,016,1](#) [World Congress of Families' Legislative Aim](#), rewirenewsgroup.com am 14.07.2017, abgerufen am 30.07.2024
17. ↑ [Revealed: dozens of European politicians linked to US incubator for extremism](#), opendemocracy.net am 27.03.2019, abgerufen am 30.07.2024
18. ↑ [18,018,1](#) [Keimzelle der Nation Teil 2](#), library.fes.de im Dezember 2014, abgerufen am 30.07.2024
19. ↑ [Ultrakonservativer Kongress in Italien für Gott, Staat und Familie](#), taz.de am 29.03.2019, abgerufen am 30.07.2024

20. ↑ [speakers](#), families.ecrparty.eu, abgerufen am 30.07.2024
21. ↑ [Revealed: dozens of European politicians linked to US incubator for extremism](#), opendemocracy.net am 27.03.2019, abgerufen am 30.07.2024
22. ↑ [Glaube und Geld: Wie die religiöse Rechte aus den USA Europa finanziell unterwandert](#), correctiv.org am 14.05.2024, abgerufen am 30.07.2024
23. ↑ [Acton Europe](#), give.acton.org, abgerufen am 30.07.2024
24. ↑ [Conservative US Lobbyists try to get their hooks into the Czech Republic](#), vsquare.org am 27.09.2023, abgerufen am 30.07.2024
25. ↑ [world congress of families](#), splcenter.org abgerufen am 30.07.2024
26. ↑ [fight against World Congress of Families](#), allout.org abgerufen am 30.07.2024

Alliance Defending Freedom (ADF)

Die **Alliance Defending Freedom International (ADFI)** ist der internationale Arm der fundamental-christlichen und ultra-konservativen US-amerikanischen Organisation *Alliance Defending Freedom (ADF)*. Sowohl die ADFI als auch ihre Mutterorganisation agieren nicht nur als klassischer Lobbyakteur, sondern versuchen vor allem über juristische Wege ihr Weltbild durchzusetzen.

Die ADFI beschreibt sich selbst als Menschenrechtsorganisation, die Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und den Schutz des Lebens verteidigen will. Kritische Analysen ordnen sie jedoch als zentrale Kraft einer transatlantischen Anti-Gender-Infrastruktur ein, die auf den Abbau von reproduktiven und LGBTQIA+ -Rechten zielt. Das US-amerikanische Southern Poverty Law Center stuft die ADF als „Hate Group“ ein^[1], die NGO CEO spricht von [The Alliance Attacking Freedom](#).

Im Mai 2025 ist Präsidentin Waggoner in den „Advisory Board of Legal Experts“ der von Präsident Trump neu geschaffenen „White House Religious Liberty Commission“ berufen worden.^[2]

Alliance Defending Freedom

Rechtsform

Tätigkeitsbereich

Gründungsdatum 2010 (ADF International), 1993 (ADF)

Hauptsitz Wien (ADF International)

Lobbybüro

Lobbybüro EU Rue Guimard Bruxelles (Etterbeek) 1040 BELGIUM

Webadresse adfinternational.org

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1 Alliance Defending Freedom (ADF) | 9 |
| 2 Alliance Defending Freedom International (ADF International) | 9 |
| 3 Organisationsstruktur und Personal | 10 |
| 3.1 CEO, Präsidentin und Chefjuristin | 10 |
| 3.2 Geschäftsführer und Leitender Anwalt | 11 |
| 3.3 Felix Böllmann | 11 |
| 4 Einnahmen, Ausgaben und intransparente Finanzierung | 11 |
| 4.1 Einnahmen und Ausgaben | 11 |
| 4.2 Intransparente Finanzierung | 12 |
| 5 Lobbyarbeit in Brüssel | 12 |
| 6 Juristische Einflussnahme | 13 |
| 7 Netzwerk und Allianzen | 14 |
| 8 Zitat von Präsidentin Waggoner | 15 |

| | |
|--|----|
| 9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 15 |
| 10 Einelnachweise | 15 |

Alliance Defending Freedom (ADF)

Die US-ADF wurde 1993 gegründet und entwickelte sich unter dem Einfluss evangelikaler Anwälte zu einer der einflussreichsten Organisationen der religiösen Rechten in den USA. ADF-Anwält:innen waren beispielsweise an Verfahren zu Abtreibung oder gleichgeschlechtlichen Ehen am Supreme Court involviert. Außerdem war sie entscheidend am Fall des Grundsatzurteils Roe v. Wade beteiligt, dessen Aufhebung 2022 das landesweite Recht auf Abtreibung in den USA beendete. ^[3] Laut eigener Darstellung hat die ADF in den vergangenen Jahrzehnten an mindestens 74 Fällen vor dem Supreme Court mitgewirkt und dabei 15 Siege errungen. ^[4] Der New Yorker bezeichnet die ADF als einflussreichster juristischer Arm der christlichen Rechten. ^[5] Correctiv sieht in ihr eine „Mischung aus fundamental-christlicher Lobbytruppe und hoch aggressiver Anwaltsfirma.“. ^[6]

In den [Consolidated Financial Statements der ADF June 30, 2025](#) werden die folgenden Organisationen dem Verbund "Alliance Defending Freedom and Affiliates" zugerechnet :

- ADF
- ADF Foundation
- ADF International
- 15100, LLC
- 15100 Solar, LLC
- ADF Action
- Alliance Defending Freedom India Trust
- ADF International Belgium
- ADF International Austria GmbH
- ADF International Switzerland
- ADF International (UK)
- ADF International France
- ADF International Deutschland

ADF, ADF Foundation und ADF International sind laut dem Bericht gemeinnützige religiöse Organisationen, die in den USA öffentlich gefördert werden.

Der Alliance Defending Freedom-Verbund hatte 2024/2025 Einnahmen in Höhe von ca. 123 Mio. Dollar; die Ausgaben lagen bei 109 Mio. Dollar. ^[7] Die Ausgaben in Europa wurden für 2023/2024 mit ca. 4,7 Mio. Dollar angegeben. ^[8]

Alliance Defending Freedom International (ADF International)

Um ihre Arbeit international und insbesondere in der EU auszuweiten, gründete die US-ADF 2010 die ADF International mit Hauptsitz in Wien. Von dort steuert diese ein Netz von nationalen Ablegern, das laut EU Transparenzregister aus den folgenden Organisationen besteht^[9]:

- Alliance Defending Freedom International Austria, Wien (Zentrale)
- Alliance Defending Freedom International Belgium, Brüssel

- Alliance Defending Freedom International France, Straßburg
- Alliance Defending Freedom International United Kingdom, London
- Alliance Defending Freedom International Deutschland e.V., Frankfurt/M
- Alliance Defending Freedom International United States, Leesburg, VA
- Alliance Defending Freedom International Switzerland, Genf

ADF International Austria gemeinnützige GmbH mit Sitz in Wien ist die Hauptniederlassung von ADF International.^[10] Geschäftsführer sind Paul Coleman (Executive Director), Geschäftsführer von ADF International, und Jasmina Hensellek (Director of Operations Europe).^[11] Die Aktivitäten sind [hier](#) abrufbar. Zu diesen gehört der Betrieb der Online-Plattform [Global Advocacy Alliance](#). Als Adresse von ADF International Austria GmbH wird angegeben: Postfach 5, 1037 Wien.^[10]

Vorstandsmitglieder der Alliance Defending Freedom International Deutschland e.V. mit Sitz in Frankfurt /Main sind laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt:

- Paul Coleman, Geschäftsführer von ADF International, Geschäftsführer der ADF International Austria gemeinnützige GmbH
- Jasmina Hensellek, Geschäftsführerin der ADF International Austria gemeinnützige GmbH
- Felix Böllmann, Leiter Rechtsabteilung von ADF International
- Heinrich Schmid-Schmidtsfelden, Leiter des Development Teams von ADF International
- Sophia Kuby, Leiterin Abteilung für Strategische Beziehungen & Trainingsprogramme bei ADF

Quelle für die Positionen: ^[12]

In Europa werden eigene Büros in Brüssel, Genf, Straßburg und London unterhalten.

Die strategische Ausrichtung der ADFI folgt dem US-Vorbild: Über langjährige juristische Verfahren versucht die Organisation, über die Gerichte Abtreibungsrechte, Gleichstellungsgesetze und Antidiskriminierungsregelungen abzuschaffen bzw. einzuschränken. Eine ähnliche Linie in verfolgt die ADFII seit 2010 in Europa – mit Interessenvertretung in Brüssel und gezielten juristischen Verfahren in Mitgliedstaaten. ^[13]

Organisationsstruktur und Personal

ADFI hat weltweit 400 Beschäftigte und 4.500 Partner-Anwälte, die in den Bereichen Rechtsstreitigkeiten, Gesetzgebung, Schulung, Finanzierung und öffentliche Interessenvertretung tätig sind.^[14] Die Bedingungen, unter denen Anwälte die Aktivitäten von ADF - ehrenamtlich oder zu reduzierten Stundensätzen - unterstützen, sind in den [Grants & Funding Guidelines](#) festgelegt.

CEO, Präsidentin und Chefjuristin

CEO, Präsidentin und Chefjuristin bei ADF und ADF International ist Kristen Waggoner. Diese hat für ADF 14 Fälle vor dem Obersten Gerichtshof der USA gewonnen, darunter auch die Mitwirkung im juristischen Team von Mississippi in dem Fall, der Roe v. Wade aufhob.^[14] Im Mai 2025 ist Waggoner in den „Advisory Board of Legal Experts“ der von Präsident Trump neu geschaffenen „White House Religious Liberty Commission“ berufen worden.^{[15][16]} Bei der einflussreichen konservativen Juristenvereinigung [Federalist Society](#) hält Waggoner regelmäßig Vorträge.^[17] Als Referentin zum Thema "Chain of Conviction: Fighting the Spread of Global Censorship" wurde sie bei der NatCon Konferenz in Washington im September 2025 angekündigt.^[18]

Mit Schreiben vom 23. September 2025 hat das „Committee On Oversight and Government Reform“ des Repräsentantenhauses Waggoner die ADF um Informationen gebeten, ob gesetzliche Eingriffe des Kongresses zu sieben genannten Themen erforderlich sind [\[19\]](#)

Geschäftsführer und Leitender Anwalt

Geschäftsführer und Leitender Anwalt ist [Paul Coleman](#), der vom Hauptsitz der Organisation in Wien aus arbeitet. [\[20\]](#) Coleman ist auch leitender Mitarbeiter bei ADF. Er war an mehr als 20 Fällen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beteiligt. Zudem hat er Beschwerden und Eingaben für den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, den Internationalen Strafgerichtshof, den Gerichtshof der Europäischen Union, den UN-Menschenrechtsausschuss sowie zahlreiche nationale Gerichte verfasst. [\[20\]](#)

Bei der NatCon Konferenz 2024 in Brüssel war Coleman als Redner angekündigt. [\[21\]](#) Zu den weiteren Referenten gehörten: Nigel Farage (Präsident von Reform UK), Viktor Orban (ungarischer Ministerpräsident), Ludwig Müller (Kardinal), Hans-Georg Maaßen (ehem. Präsident Bundesverfassungsschutz), Gloria von Thurn und Taxis, Patricia Chagnon (MEP, Rassemblement National).

Felix Böllmann

[Felix Böllmann](#) ist Director of European Advocacy. Zuvor war Böllmann Rechtsanwalt in Leipzig (Schwerpunkte: Gesellschaftsrecht, internationale Verträge und Prozessführung). [\[22\]](#) Weiterhin war er als Syndikus bei der EurAsia Resource Holdings AG tätig.

Einnahmen, Ausgaben und intransparente Finanzierung

Einnahmen und Ausgaben

Die Angaben für Einnahmen und Ausgaben sind nur begrenzt aussagefähig. Zwar wird jährlich ein konsolidierter Finanzbericht für alle verbundenen ADF-Organisationen veröffentlicht. In diesem und Berichten einzelner Organisationen sind jedoch die verbundsinternen Finanzströme nicht detailliert ausgewiesen.

Der Alliance Defending Freedom (ADF)-Verbund hatte 2024/2025 Einnahmen in Höhe von ca. 123 Mio. Dollar; die Ausgaben lagen bei 109 Mio. Dollar. [\[23\]](#) Die Ausgaben in Europa wurden für 2023/2024 mit ca. 4,7 Mio. Dollar (Grants und Program Service) angegeben. [\[24\]](#)

Alliance Defending Freedom International (ADF International) bezifferte ihre Einnahmen für 2023 mit ca. 8,7 Mio. Dollar, die Ausgaben mit 7,7 Mio. Dollar. [\[25\]](#) Auf die Ausgaben in Europa entfielen 2023 ca. 5,1 Mio. Dollar.

ADF International Belgium, die für die Lobbyarbeit in der EU zuständig ist, verfügte 2023/2024 über ein Gesamtbudget in Höhe von 1.144.160 Euro, das von der ADF, der ADF International und der AFD Deutschland finanziert wurde. [\[26\]](#)

Intransparente Finanzierung

Der Alliance Defending Freedom (ADF)-Verbund finanziert sich ganz überwiegend über Spenden. Auf diese entfielen 2024/2025 ca. 112 Mio. Dollar von ca. 123 Mio. Dollar Gesamteinnahmen. [27] Spender werden nicht namentlich genannt. Hinter der Finanzierung der ADF steckt ein intransparentes Netzwerk von Stiftungen und Donor-Advised Funds. [28]

Wie der Report „The Next Wave“ des European Parliamentary Forum for Sexual & Reproductive Rights, einem Zusammenschluss von Parlamentarier:innen aus ganz Europa [29] herausarbeitet, bezieht die ADF erhebliche Mittel über Donor-Advised Funds wie die National Christian Charitable Foundation und die Servant Foundation/Signatry, die von 2016/2018-2021 mindestens 89 bzw. 50 Millionen Dollar an die ADF weitergeleitet haben. [13] Zusätzlich wird von openDemocracy angeführt, dass die ADF im Zeitraum von 2017 bis 2020 zu mindestens 43% von Donor-Advised Funds finanziert wurde, was einer Summe von 100 Millionen Dollar entspricht. [30] Die NGO The Center for Media and Democracy hat eine detaillierte Aufschlüsselung der bekannten Geldflüsse zusammengetragen. Abrufbar [hier](#).

Das Prinzip der DAFs führt dazu, dass die eigentlichen Spender:innen anonym bleiben: Sie überweisen ihre Mittel an die Fonds, behalten aber die Möglichkeit, die konkrete Vergabe der Gelder, etwa an die ADF, selbst zu steuern. Für die Öffentlichkeit endet die Nachvollziehbarkeit der Finanzströme an diesem Punkt; woher die Gelder letztlich stammen oder wofür sie konkret verwendet werden, bleibt unbekannt. [13] Bekannt ist allerdings, dass hinter diesen Fonds milliardenschwere Familien aus dem US-amerikanischen rechten Spektrum stehen. Darunter beispielsweise die DeVos-Familie oder die Koch-Brüder. [31][32]

Lobbyarbeit in Brüssel

Von zentraler Bedeutung ist die ADFI Belgien mit dem Büro in Brüssel, über welche die Lobbyarbeit auf EU-Ebene organisiert und finanziert wird. 2023/24 sind 5 Lobbyist:innen für die ADFI Belgien aktiv (4,25 Vollzeitäquivalent), wobei sie über 3 Akkreditierungen des EU-Parlaments verfügt. Über das EU-Transparenzregister lässt sich außerdem ein Teil der Geldflüsse aus den USA nachvollziehen. [33] Gleichzeitig belegen die Zahlungen an das Büro in Brüssel die finanzielle Intransparenz der ADF und der ADFI: Die ADFI Belgien weist für das Jahr 2023-24 ein Budget von 1.144.160 € aus, was fast einer Verdopplung des Vorjahresbudgets entspricht. Mehr als 99% des Budgets stammt aus konzerninternen Transfers:

- 520.000 € von der ADF International (USA),
- 299.975 € von der Alliance Defending Freedom (USA),
- 320.000 € von der ADF Deutschland e. V. [33]

Zu welchem Anteil sich die Gelder aus Deutschland tatsächlich aus nationalen Spenden zusammensetzen oder doch indirekt aus den USA stammen, ist nicht nachzuweisen. Mit ihrem wachsenden Budget richtet die ADF International in Brüssel regelmäßig Veranstaltungen im Europäischen Parlament aus, häufig unter dem Label ‚Religionsfreiheit‘ oder ‚Free Speech‘, etwa im Zusammenhang mit den Debatten zum Digital Services Act. Darüber hinaus organisiert sie Treffen mit Abgeordneten zu Themen wie Meinungsfreiheit oder Religionsfreiheit. [34] Laut Politico röhnte sich die ADFI, zum Rückzug der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie beigetragen zu haben. [34]

Die wachsende Präsenz von der ADFI in Brüssel wird von Beobachter:innen kritisch bewertet. Wendy Via, Präsidentin des Global Project Against Hate and Extremism, warnte gegenüber Politico, dass das gestiegene Lobbybudget der Organisation tiefgreifende Folgen für die Rechte von Frauen und LGBTQIA+ Personen haben könnte. Die ADFI versucht, seine restriktiven sozialen Vorstellungen in Europa zu verankern, öffentliche Debatten zu polarisieren und bestehende politische Errungenschaften infrage zu stellen. Ähnlich wie es die Organisation in den USA seit Jahrzehnten über Gerichte und Gesetzgebung verfolgt. [\[34\]](#) Eine Übersicht der Treffen von Abgeordneten mit der ADFI Belgien ist [hier](#) abrufbar:

Und auch über die nationalen Ableger vergrößert die ADFI ihren Einfluss und organisiert politische Veranstaltungen. Sowohl in Brüssel, den USA als auch auf nationaler Ebene inszeniert sich die ADFI als Menschenrechtsorganisation und frammt ihren Kampf gegen Abtreibungen beispielsweise positiv als Einsatz für das Leben. Dass diese Strategie aufgeht, zeigt eine Veranstaltung der ADFI mit dem Stephanus-Kreis der CDU/CSU in Berlin. Albert Stegemann (CDU) sprach 2021 dort mit Vertreter:innen der ADFI über Christenverfolgungen und sagte, er nehme die Anregungen der ADFI mit in das EU-Parlament. Auf Nachfrage von Correctiv gab er an, die ADFI wurde ihm als „international tätige Menschenrechtsorganisation“ vorgestellt. Wie Correctiv schreibt, waren ihm die tatsächlichen Aktivitäten der ADFI nicht bekannt. In Zukunft werde er von weiteren Terminen mit der Organisation absehen. [\[6\]](#)

Juristische Einflussnahme

Neben klassischer Lobbyarbeit in Brüssel setzt die ADFI und ihre nationalen Ableger stark auf juristische Verfahren. Sie unterstützt strategisch ausgewählte Fälle, etwa zu Gewissensfreiheit, Versammlungsrecht oder von Abtreibungsgegner:innen. Auf ihrer Website gibt sie an, seit 2010 1807 Einzelfälle erfolgreich begleitet zu haben, 40 Siege vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verbuchen zu können und an 874 laufenden Fällen involviert zu sein. [\[35\]](#) 2015 unterstützte die ADFI beispielsweise den bekannten deutschen Abtreibungsgegner Klaus Annen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), der unter anderem explizit Abtreibungen mit dem Holocaust vergleicht. Zusammen mit der Aktion Lebensrecht für Alle reichte die ADFI eine schriftliche Stellungnahme zur Unterstützung von Annen ein. [\[36\]](#)

Auch im Jahr 2018 gingen im Zusammenhang mit einem weiteren Fall von Annen vor dem EGMR Stellungnahmen der ADFI sowie von Ordo Iuris, einem ultra-konservativen polnischen Thinktank und Rechtsberatungsinstituts, ein, die Annen unterstützten. [\[37\]](#)

In Deutschland unterstützte die ADFI 2024 eine Pro-life-Gruppe Studierender vor Gericht, was schließlich zu deren Akkreditierung an der Universität Regensburg führte. [\[38\]](#) In Pforzheim unterstützte die ADFI eine Gruppe, die vor Abtreibungskliniken betete und auch in England, Finnland oder Österreich unterstützt die ADFI bereits ähnliche Fälle. [\[39\]](#)[\[40\]](#)

Teil dieser Strategie ist der Aufbau eines Netzwerks aus Nachwuchs-Jurist:innen. Sowohl die ADF als auch die ADFI betreiben dazu Ausbildungsprogramme, die gezielt Nachwuchskräfte für Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung und Justiz formen sollen. Wie die ADF schreibt, sollen Absolvent:innen in “positions of influence [gehoben werden], thereby impacting the legal culture and keeping the door open for the Gospel.” [\[41\]](#) Das wichtigste Programm ist das Blackstone Legal Fellowship, das seit 2000 in den USA läuft. Es richtet sich an Jurastudierende in den USA und international und kombiniert mehrwöchige Schulungen mit Praktika bei Kanzleien oder Gerichten. Laut OpenDemocracy dient es dazu, Jurist:innen mit konservativ-religiöser Agenda in einflussreiche Positionen zu bringen. [\[42\]](#) 2019 zählte die nonprofit Organisation Media Matters über 100 ehemalige Angestellte oder Personen mit Verbindungen zu ADF in relevanten öffentlichen Ämtern der USA, darunter: die heutige US-Supreme-Court-Richterin Amy Coney Barrett (von 2013 bis 2017 bezahlte Rednerin

für das Blackstone Legal Fellowship) und der US-Supreme Court-Richter Samuel Alito (hat laut einem aktuellen Bericht des New Yorker ehemalige ADF-Stipendiaten als Rechtsreferenten eingestellt), der US-Senator Josh Hawley (ehemaliges Fakultätsmitglied der Blackstone Legal Fellowship) und der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson (ehemaliger leitender Rechtsberater der ADF von 2002 bis 2010). [43] Ergänzend bietet die ADF International in Europa die Areté Academy an, die junge Akademiker:innen durch Seminare, Mentoring und Netzwerke fördern soll. [44] Zudem organisiert die ADFI Formate wie den Summit on International Religious Liberty, der eine "unübertrogene juristische Ausbildung mit einem unerschütterlichen Engagement für christliche Grundsätze" kombiniert [45] und nach eigenen Angaben seit 1997 über 2000 Anwälte „weitergebildet“ hat. Correctiv und OpenDemocracy sehen diese Programme als Teil einer langfristigen Strategie, ein globales Netzwerk von Jurist:innen aufzubauen, die die politischen und rechtlichen Ziele der Organisation vertreten. [6][46]

Die Ausrichtung der ADF sowie der ADFI wird auch anhand ihrer Voraussetzungen an Bewerber:innen klar ersichtlich. Auf ihrer Webseite schreibt die ADFI explizit, dass sowohl das Glaubensbekenntnis abgelegt werden sowie den „Doctrinal Distinctives“ zugestimmt werden muss. Ansonsten soll davon abgesehen werden, sich zu bewerben. In den „Doctrinal Distinctives“ verpflichtet sich die Organisation, den „zwei größten Geboten“, Gott zu lieben und den Nächsten zu lieben, zu folgen und leitet daraus zentrale gesellschaftspolitische Positionen ab. So heißt es, dass Gott jeden Menschen mit einem unveränderlichen biologischen Geschlecht – männlich oder weiblich geschaffen habe, dass Ehe ausschließlich die lebenslange Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau sei und dass sexuelle Intimität nur innerhalb dieser Beziehung vorgesehen sei. Zudem fordert die Organisation, dass menschliches Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis bis zum natürlichen Tod uneingeschränkt geschützt werden müsse. [47]

Netzwerk und Allianzen

Die ADFI ist eng in ein transnationales Netzwerk konservativ-christlicher Organisationen eingebunden.

- Die ADFI gehört zu den Sponsoren des [Transatlantic Summit 2026](#) in Brüssel, der vom "Political Network for Values" veranstaltet wird. [48] Zu den weiteren Sponsoren gehören die [Heritage Foundation](#), die Foundation for a Civic Hungary (Stiftung der Regierungspartei Fidesz), die rechte Fraktion [Patrioten für Europa](#) des EU-Parlaments und [New Direction](#), die Denkfabrik der Fraktion [Konservative und Reformer](#).
- Sie ist unter anderem mit der polnischen Ordo Juris Teil der International Coalition Against Gender Ideology [49], die sich unter der Leitung der [Heritage Foundation](#) zur Aufgabe gemacht hat, gegen angeblich gefährliche „gender dogmas“ aufzuklären. [50] Die Heritage Foundation führt die ADF als Coalition Partner von Project 2025 an [51]
- In Ungarn unterhält die ADFI insbesondere Verbindungen zu Think-Tanks und Stiftungen aus Orbans Umfeld, wie dem [Mathias Corvinus Collegium](#) (MCC). [6] Im September 2025 lud die ADFI auf ihrer Website ein Interview mit Ralph Schöllhammer hoch, der als leitender Mitarbeiter des MCC vorgestellt wurde. [52]
- Mit der tschechischen Alliance for Family bestehen, wie Vsquare berichtet, enge Beziehungen [53]
- Die ADFI nimmt an Veranstaltungen konservativer und christlicher Gruppen in Europa und weltweit teil. So ist sie Teil des [World Congress of Families](#) und stellt auch Sprecher:innen für die National Conservatism Conference (Nat Con). [54]

Zitat von Präsidentin Waggoner

Beim [General Council of the Assemblies of God](#), dessen Rechtsberaterin Waggoner ist, warnte sie (im Hinblick auf die abweichende Meinung ihrer Tochter):

"Ich möchte euch heute daran erinnern: Wenn Satan euch nicht erschüttern kann, wird er es auf eure Kinder abgesehen haben" (I want to remind you today, that if Satan can't rattle you, he's going to go after your kids)

Quelle: [\[55\]](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [splspencer](#), splcenter.org vom 10.04.2020, abgerufen am 27.11.2025
2. ↑ [NRB Members named to White House Religious Liberty Commission](#), nrb.org vom 30.05.2025
3. ↑ [ADFLegal](#) adflegal.org, abgerufen am 26.11.2025
4. ↑ [cbs](#) cbsnews.com vom 14.06.2024, abgerufen am 27.11.2025
5. ↑ [newyorker](#) newyorker.com vom 02.10.2023, abgerufen am 27.11.2025
6. ↑ [6,06,16,26,3](#) [correctiv](#), correctiv.org vom 14.05.2024, abgerufen am 27.11.2025
7. ↑ [Alliance Defending Freedom and Affiliates Consolidated Financial Statements June 30, 2025 and 2024](#), adflegal.org, abgerufen am 07.12.2025
8. ↑ [Alliance Defending Freedom - Form 990 2024](#), abgerufen am 06.12.2025
9. ↑ [ADF International Belgium](#), transparency-register.eu, abgerufen am 05.12.2025
10. ↑ [10,010,1](#) [ADF International Austria gemeinnützige GmbH](#), osgs.at, abgerufen am 06.12.2025
11. ↑ [ADF International Austria gemeinnützige GmbH](#), northdata.de, abgerufen am 06.12.2025
12. ↑ [Team](#), adfinternational.org, abgerufen am 07.12.2025
13. ↑ [13,013,113,2](#) [CEO](#), 13.05.2024, abgerufen am 27.11.2025
14. ↑ [14,014,1](#) [Kristen Waggoner](#), adfinternational.org, abgerufen am 05.12.2025
15. ↑ [NRB Members named to White House Religious Liberty Commission](#), nrb.org vom 30.05.2025
16. ↑ [Commissioners and Advisory Board Members](#), justice.gov, abgerufen am 07.12.2025
17. ↑ [Kristen Waggoner](#), fedsoc.org, abgerufen am 08.12.2025
18. ↑ [Kristen Waggoner](#), nationalconservatism.org, abgerufen am 08.12.2025
19. ↑ [Committee On Oversight and Government Reform Letter September 23, 2025](#), oversight.house.gov, abgerufen am 07.12.2025
20. ↑ [20,020,1](#) [Paul Coleman](#), adfinternational.org, abgerufen am 05.12.2025
21. ↑ [Confirmed Speakers](#), nationalconservatism.org, abgerufen am 08.12.2025
22. ↑ [Felix Böllmann](#), adfinternational.org, abgerufen am 05.12.2025
23. ↑ [Alliance Defending Freedom and Affiliates Consolidated Financial Statements June 30, 2025 and 2024](#), adflegal.org, abgerufen am 07.12.2025

24. ↑ Alliance Defending Freedom - Form 990 2024, abgerufen am 06.12.2025
25. ↑ Alliance Defending Freedom International - Form 990 223, irs-efile-renderer.instrumentl.com, abgerufen am 06.12.2025
26. ↑ ADF International Belgium, transparency-register.eu, abgerufen am 05.12.2025
27. ↑ Alliance Defending Freedom and Affiliates Consolidated Financial Statements June 30, 2025 and 2024, adflegal.org, abgerufen am 07.12.2025
28. ↑ opendemocracy opendemocracy.net vom 27.03.25, abgerufen 27.11.2025
29. ↑ The next Wave Report epfweb.org, abgerufen am 27.11.25
30. ↑ opendemocracy opendemocracy.net vom 05.07.2023, abgerufen am 27.Nov. 2025
31. ↑ Next Wave Report S. 19-21. uimeobitelji.net vom Juni 2025, abgerufen am 27.11.25
32. ↑ Roe vs. Wade politico.eu vom 28.06.2022, abgerufen am 27.11.2025
33. ↑ 33,033,1 lobbyfacts abgerufen am 27.11.2025
34. ↑ 34,034,134,2 Politico politico.eu vom 05.06.25, abgerufen am 27.11.25
35. ↑ ADFinernational adfinternational.org, abgerufen am 28.11.25
36. ↑ [%22001-158880%22] CASE OF ANNEN v. Germany 26 November 2015], hudoc.echr.coe.int, abgerufen am 05.12.2025
37. ↑ 22annen%20v.%20germany%22 ANNEN v. GERMANY Nr. 5, hudoc.echr.coe.int vom 20.12.2018, abgerufen am 28.11.2025
38. ↑ ADFinernational adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
39. ↑ ADFinernational adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
40. ↑ ADFinernational adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025]
41. ↑ Blackstone blackstonelegalfellowship.org, abgerufen am 28.11.2025
42. ↑ Opendemocracy opendemocracy.net vom 27.10.2020, abgerufen 28.11.2025
43. ↑ Azmirror azzmirror.com vom 11.12.2023, abgerufen am 28.11.2025
44. ↑ ADFinernational adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
45. ↑ Summit adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
46. ↑ Opendemocracy opendemocracy.net vom 27.10.2020, abgerufen 28.11.2025
47. ↑ ADF Careers adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
48. ↑ Transatlantic Summit, politicalnetworkforvalues.org, abgerufen am 09.12.2025
49. ↑ Members coalitionagainstgenderideology.org, abgerufen am 28.11.2025
50. ↑ Against Gender Ideology coalitionagainstgenderideology.org, abgerufen am 28.11.2025
51. ↑ Heritage Foundation heritage.org vom 20.02.2024, abgerufen am 28.11.2025
52. ↑ Ralph Schoelhammer adfinternational.org, abgerufen am 28.11.2025
53. ↑ Vsquare vsquare.org vom 27.09.2023, abgerufen am 28.11.2025
54. ↑ National Conservatism Conference nationalconservatism.org vom April 2024, abgerufen am 28.11.2025
55. ↑ Waggoner Urges Leaders to Contend for the Faith, news.ag.org vom 08.08.2025, abgerufen am 09.12.2025

Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten

Bleiben Sie auf dem Laufenden. Bestellen Sie jetzt den LobbyControl-Newsletter!

Verein zur Erhaltung der

Der 2022 aufgelöste **Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten**

organisierte im großen Umfang Wahlwerbung für die Alternative für Deutschland (AfD), deren Finanzierung intransparent bleibt. Dazu gehörten Zeitungen mit Wahlempfehlungen für die AfD ("Extrablatt", "Deutschland-Kurier"), Großplakate, Google-Anzeigen und Videos. Die indirekte Wahlwerbung über den Verein umgeht die Transparenzregeln des Parteienrechts. Bis heute bleiben die Finanziers im Dunkeln. Laut Vereinsregister des Amtsgerichts Stuttgart ist der Verein im Juli 2022 aufgelöst worden; als Liquidator fungierte David Bendels.

Der Mitbegründer und Vorsitzende des Vereins war David Bendels, der zugleich Inhaber der Firma **Conservare Communication GmbH** ist. Diese gibt seit 2018 den Deutschland-Kurier heraus, dessen Chefredakteur Bendels ist. Sie fiel im August 2021 im Vorfeld der Bundestagswahlen durch eine großangelegte Diffamierungskampagne gegen die Partei Bündnis 90/Die Grünen auf, die in mindestens 50 Städten platziert wurden. Das Budget für diese Kampagne liegt nach Schätzungen zwischen 550.000 und 750.000 Euro. ^[1]

Die verdeckte Wahlwerbung begann bei den Landtagswahlen in Rheinland Pfalz und Baden-Württemberg im Jahr 2016, seitdem war der Verein bei jeder Landtagswahl und der Bundestagswahl aktiv. Im Frühjahr 2016 trat als Organisator eine „Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ auf. ^[2] Im September 2016 wurde dann der Verein in Stuttgart gegründet. ^[3] Der Verein hat bis heute nur eine Briefkasten-Adresse. Wer den Verein wirklich steuert und die bisherigen Ansprechpartner ausgewählt hat, bleibt dubios. Die einzige Konstante ist die Schweizer PR-Agentur **Goal AG**, die eine zentrale Rolle bei den Aktivitäten des Vereins spielt.

Die AfD bestreitet, dass sie etwas mit der Unterstützerkampagne zu tun hat. Allerdings wurden mit der Zeit mehr Verbindungen zwischen AfD, dem Verein und der Goal AG öffentlich. Im September 2018 wurden interne AfD-Mails bekannt, die eine direkte Zusammenarbeit bei der bayerischen Landtagswahl 2018 und der Bundestagswahl belegen. Das ist parteienrechtlich brisant. Denn damit ist die Wahlkampfhilfe als Parteispende an die AfD zu werten – mit dem Verdacht auf illegale Strohmann-Spenden. ^[4]

Für die Parteien gilt das Transparenzgebot des Grundgesetz, dass die Parteien "über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben" müssen (Artikel 21). Im Parteiengesetz ist Wahlwerbung über Dritte aber nicht erfasst. Dadurch bleiben in diesem Fall die Verbindungen zu Großspender:innen für die Wähler:innen nicht sichtbar. LobbyControl fordert, dass Wahlwerbung durch Dritte ähnlichen Transparenzregeln wie direkte Parteispenden unterliegen soll. ^[5]

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1 Geschichte | 18 |
| 1.1 Die Vereins-Struktur | 19 |
| 1.2 Die Vorläufer-Vereinigung und ihre Vertreter nach außen | 19 |
| 1.3 Verbindung zur Agentur Goal AG aus der Schweiz | 20 |
| 2 Intransparente Finanzen | 21 |
| 3 Fallbeispiele und Kritik | 23 |
| 3.1 Umgehung der Transparenzregeln für Parteien | 23 |

| | |
|--|----|
| 3.2 Verbindungen zur AfD | 24 |
| 3.3 Deutschland-Kurier | 26 |
| 3.4 Rüge vom Deutschen PR-Rat | 27 |
| 3.5 Anti-Grünen-Kampagne der Conservare Communication GmbH | 27 |
| 4 Übersicht über die Wahlwerbung seit März 2016 | 28 |
| 5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus | 29 |
| 6 Einelnachweise | 29 |

Geschichte

Erstmals in Erscheinung trat der Verein Anfang 2016, als er vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf großen Wahlplakaten zur Wahl der AfD aufrief.^[6] Zudem ließ er ein sogenanntes „Extrablatt“ verteilen, das für die AfD warb.^[2] Das Extrablatt ähnelt der Zeitung „Extrablatt“ der schweizerischen Volkspartei (SVP).^[7] Inhalt dieser Zeitung waren Kritik an der Flüchtlingspolitik und der Euro-Rettung. Die Landesverbände gaben jeweils an, von dieser Aktion nicht gewusst zu haben und nicht beteiligt gewesen zu sein, Interviews mit den jeweiligen Spitzenkandidaten Jörg Meuthen (Baden-Württemberg) und Uwe Junge (Rheinland-Pfalz) in den Zeitungen stellen diese Behauptungen jedoch infrage.^[2]

Als Vertreter der Vereinigung trat damals Josef Konrad auf, AfD-Mitglied im Bezirksverband Oberfranken und Geschäftsführer der Polifakt Medien GmbH mit Sitz in Leipzig, die für die AfD Publikationen, Werbe- und Wahlkampfmaterialien anbietet.^[8] Konrad sagte dem Spiegel, hinter der Vereinigung stünden rund zwölf "besorgte Bürgerinnen und Bürger", die die AfD als "eine konservative Opposition zur herrschenden Politik im Land stärken" wollten.^[9] Die Namen hielt er geheim.

Seitdem trat die Vereinigung bei allen Landtagswahlen mit Wahlwerbung zugunsten der AfD in Erscheinung. Diese präsentierte sich öffentlich zeitweise als „e.V.“, ohne tatsächlich im Vereinsregister eingetragen zu sein.^[10] Am 21. September 2016 wurde offiziell ein „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ gegründet.^[3]

Im Juli 2018 hat der AfD-Bundesvorstand laut Bericht des Spiegels dem Verein und der Goal AG untersagt, das Logo und Corporate Design der Partei zu verwenden und unter Nennung des Parteinamens zur Wahl der AfD aufzurufen.^[11] Diese Aufforderung kommt mehr zwei Jahre, nachdem die Partei das erste Mal von der verdeckten Wahlwerbung profitierte. Hintergrund sind offenbar laufende Prüfverfahren der Bundestagsverwaltung, die für die Kontrolle der Parteifinanzen zuständig ist.

Im Herbst 2018 folgte eine bemerkenswerte Umstrukturierung. Der Deutschland-Kurier wird seitdem von der in Hamburg ansässigen „Conservare Communication GmbH“ herausgegeben. Deren Geschäftsführer ist laut Handelsregister David Bendels, der Vereinsvorsitzende. Bei der Bayern-Wahl lief die Plakat-Aktion formal über den Deutschland-Kurier, nicht mehr über den Verein. Das hat vermutlich mit späten Distanzierungsversuchen und einer Klage der AfD zu tun, die auf den öffentlichen Druck und die Prüfverfahren der Bundestagsverwaltung zurückgehen.^[12] Auch die Adresse in Hamburg ist allerdings nur ein virtual office.^[13]

Die Vereins-Struktur

Die Gründungsmitglieder des Vereins^[3]:

- David Bendels (Vorsitzender), Lichtenfels (Oberfranken): ehemaliges CSU-Mitglied; er initiierte die konservative Gruppe „Konservativer Aufbruch“ in der CSU und trat 2016 aus der CSU aus, nachdem die CSU-Führung ihn dazu gedrängt hatte, einen Termin mit der AfD in Hessen abzusagen. ^[14]
- Karl Dittel und Barbara Hankel aus Stuttgart, Maria Johannson aus Rheinbreitbach, Jutta Müller aus Konstanz und Hans und Rotraud Strobach, Sonthofen

Bendels vertrat den Verein als einziger nach außen. Die Rolle der anderen Vereinsmitglieder ist unklar.

Als Rechtsberater und Moderator war bei der Gründungsversammlung der Rechtsanwalt Rolf Schlierer dabei.

^[3] Er saß von 1992-2001 für die (rechtsextremen) Republikaner im Landtag Baden-Württemberg und war von 1994 bis 2014 Bundesvorsitzender der Republikaner. Schlierer war laut der Wochenzeitung Kontext auch bei der ersten Veranstaltung des Vereins gemeinsam mit dem Studienzentrum Weikersheim im März anwesend. ^[15]

Der Verein gab eine Adresse in Stuttgart an. Allerdings handelte es sich dabei nur um eine Briefkasten-Adresse, die von einer Office Management-Firma betreut wird. Diese leitet laut Frankfurter Allgemeiner Sonntagszeitung alle Post ungeöffnet weiter an „ein Postfach in der Schweiz, in Andelfingen“. Auch die Goal AG hat dort ein Postfach. ^[16] Die Weiterleitung in die Schweiz wird auch durch eine Frontal21-Recherche belegt. ^[17] Das legt nahe, dass die Korrespondenz des Vereins in Wirklichkeit von der Goal AG betreut wird. Inzwischen hat die Goal AG bestätigt, dass sie das Sekretariat des Vereins führt. ^[18]

Die Vorläufer-Vereinigung und ihre Vertreter nach außen

1) Josef Konrad

Der erste Ansprechpartner der Vereinigung war Josef Konrad, selbst AfD-Mitglied und Anfang 2016 noch ehemals stellvertretender AfD-Schatzmeister in Oberfranken. ^[19] Konrad hat insgesamt enge Verbindungen zur AfD in Bayern und in Sachsen. Laut Focus hatte Konrad auch Mail-Kontakt zu Frauke Petry. ^[20]

Konrad ist Geschäftsführer bei der Polifakt Medien GmbH in Leipzig. ^[21] Die Firma bietet über die Webseite „meine-alternative.de“ für die AfD Publikationen, Werbe- und Wahlkampfmaterialien an. In einem Rundbrief der AfD-Sachsen wurde „meine-alternative.de“ zu den eigenen Online-Plattformen gezählt („Bitte informieren Sie sich auch auf unseren Online-Plattformen: ... www.meine-alternative.de ... Impressum: V.i.S. d.P.: Dr. Frauke Petry für den Vorstand der AfD Sachsen“). ^[22]

Außerdem betreibt Polifakt ein Online-Magazin und gab mehrfach eine Zeitschrift Polifakt als innerparteiliches Medium für die AfD heraus. In der Auseinandersetzung mit Lucke schlug sich Polifakt auf die Seite des Petry-Lagers und machte mit einer Sonderausgabe zum Essener Parteitag 2015 Stimmung gegen Lucke. Konrad war damals auch an der Webseite „Wir halten Kurs“ beteiligt, die Stimmen aus der AfD

gegen Lucke sammelte. Daran waren auch der heutige Landesvorsitzende der AfD Bayern, Petr Bystron, und weitere bayerische AfD-Leute beteiligt. Bystron beschrieb im Juni 2016 zudem, dass er mit Konrad zusammen eine Gegen-Anzeige zu einer Anzeige des Autoverleihs Sixt (mit Gauland) erstellt habe: „Die Anzeige wurde bei der AfD inhouse entwickelt. Kreation und Text: Petr Bystron, Art-Direction Josef Konrad.“ [23] Die Formulierung „AfD inhouse“ zeigt, dass Bystron Konrad als Teil der AfD und der AfD-Kommunikation sieht.

Konrad hörte bereits Ende April 2016 auf, die Vereinigung nach außen zu vertreten. [24]

2) Michael Paulwitz

Nach Konrad übernahm Michael Paulwitz die Außenvertretung des Vereins. Paulwitz war Mitglied der Partei „Die Republikaner“^[10] und Mitarbeiter von deren ehemaligem Bundesvorstand Rolf Schlierer.^[25] Er ist freiberuflicher PR-Berater und schreibt für die rechte „Junge Freiheit“. Früher war er studentische Hilfskraft bei der neu-rechten Zeitschrift Criticon. Daher kennt er wichtige Figuren der neuen Rechten wie Caspar von Schrenck-Notzing und Armin Mohler.^[26] Caspar von Schrenck-Notzing gehört zu den Initiatoren der Bibliothek des Konservatismus, die auch von dem AfD-Großspender Folkard Edler unterstützt wird.^[27]

Fazit

Die mehrfachen Wechsel der Ansprechpartner werfen Fragen nach deren Rolle auf. Sie sind offensichtlich nicht die eigentlichen Initiatoren der Vereinigung. So sagte Konrad, er fungiere nur als Ansprechpartner. Auch der Name Extrablatt stamme nicht von ihm, sondern sei der Wunsch der auftraggebenden Vereinigung gewesen.^[28]

Paulwitz sagte dem Tagesspiegel, er könne zum "Extrablatt" keine Aussagen machen, da er "mit der Redaktion nicht befasst war". Im Impressum der Webseite des Vereins sei er als Kontakt aufgeführt, da er diese "beratend unterstützt habe".^[7] Wer wirklich hinter der Gründung der Vereinigung steckt, bleibt unklar. Die einzige Konstante ist die Schweizer PR-Agentur Goal AG, die eine zentrale Rolle bei den Aktivitäten des Vereins spielt.

Verbindung zur Agentur Goal AG aus der Schweiz

Die Schweizer PR-Firma [Goal AG](#) taucht immer wieder bei den Aktivitäten des Vereins auf. Sie erstellte die Webseite (^[29]), plante das Extrablatt^[30], buchte für die Wahlkämpfe in MV und Berlin Plakatwände für den Verein^[31] und kaufte Fotos, die für die Extrablätter verwendet wurden.^[32] Alexander Segert, Chef des Unternehmens, nahm auch bei der ersten Veranstaltung des Vereins zur Erhaltung der Rechststaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten teil, seine Firma charterte sogar das Boot, mit dem die Gäste über die Spree fuhren und der Rede des ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus folgten. Beide Seiten äußerten sich zu den Mutmaßungen der offensichtlichen Zusammenarbeit jedoch nicht.^[31] Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung berichtete jüngst, dass auch bei einem Treffen des Vereins mit dem Studienzentrum Weikersheim wohl ein Vertreter eines Schweizer PR-Büros anwesend gewesen sei.^[33] Auch bei einer Veranstaltung des Vereins in Köln war eine Frau anwesend, die nach LobbyControl-Erkenntnissen bei der Goal AG arbeitete und dort wahrscheinlich immer noch beschäftigt ist.^[34] Segert trat auch als (Ersatz-)Referent bei einem Schulungsseminar für AfD-Politiker auf, das Josef Konrad im November 2016 organisierte.^[35] Der Vereinsvorsitzende David Bendels war umgekehrt seit Februar 2017 mindestens viermal in der Schweiz und hat sich dort auch mit Segert und Mitarbeitern der Goal AG getroffen.^[36]

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Goal AG praktisch an allen Öffentlichkeitsmaßnahmen des Vereins mitwirkt. Auch bei Veranstaltungen sind immer wieder Mitarbeitende der Goal AG anwesend. Dazu kommt, dass die Post des Vereins in die Schweiz weitergeleitet wird (s.o.). Damit stellt sich die Frage, ob der ganze Verein nicht nur ein Projekt und eine Vorfeld-Organisation der Goal AG ist.

Tätigkeiten der Agentur für andere rechtspopulistische Parteien

Die Agentur trat bereits durch Kampagnen für die FPÖ in Österreich und die SVP in der Schweiz in Erscheinung. Von der SVP hat die Agentur große Barzahlungen erhalten.^[37] Außerdem hat sie Verbindungen zu der Fraktion der rechtspopulistischen Parteien im Europaparlament. Eine Recherche des freien Bloggers Florian Wagner zeigt, dass die Goal AG die Domain »menf.org« angemeldet hat. »MENF« steht für »Movement for a Europe of Nations and Freedom«, die europäische politische Partei, in der sich Front National, FPÖ, Lega Nord und Vlaams Belang zusammengeschlossen haben. Außerdem betreut Segerts Firma die Webseite der Stiftung »FENL - Foundation for a Europe of Nations and Freedom«. Diese gehört zur Fraktion »ENF – Europe of Nations and Freedom« im Europaparlament, der auch Markus Pretzell von der AfD angehört. Beiträge der Seite werden laut Wagners Analyse von einem Autor mit dem Namen »goal-fen1-admin« erstellt.

Außerdem lag eine Subdomain der Stiftung FENL auf dem selben Server wie die Webseite des Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten. Laut Wagner handelt es sich bei dem von der Hetzner Online AG gehosteten Server um einen dedizierten Server, d.h. es ist so gut wie ausgeschlossen, dass die beiden Domains zufällig auf derselben Maschine lagen.^[38] Auch die Webseite der Goal AG wird von der Hetzner Online AG gehostet.^[39] Diese Verbindungen legen nahe, dass die Webseite weiterhin von der Goal AG betreut wird. Nachdem am 24. April 2017 die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung über diese Verbindungen berichtete, wurde die Webseite des Vereins auf einen kanadischen Server verlegt.^[40] Das wirft die Frage auf, ob damit die Spuren zur Goal AG verwischt werden sollen.

Informationen über Alexander Segert

Alexander Segert, der Chef der Goal AG, ist in Hamburg aufgewachsen. Er schrieb nach dem Studium für die rechtskonservative Zeitung «Schweizerzeit» und die islamfeindliche Zeitschrift «Bürger und Christ». Segert war zudem Mitglied der rechten Psychosekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM).^[41] 2016 wurde er aus der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft (Spag) ausgeschlossen, weil er die freiwilligen Transparenzregeln von Spag nicht umsetzen wollte. Die Regeln schreiben seit 2014 vor, dass Mitglieder all ihre Mandate auf der Webseite des Verbands offenlegen müssen.^[42]

Intransparente Finanzen

Die Vereinigung wurde durch anonyme Großspender angeschoben. Sie konnte aus dem Stand mehrere hunderttausend Euro für Wahlwerbung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ausgeben, ohne vorher jemals in Erscheinung getreten zu sein. Im März 2016 sagte der damalige Repräsentant der Vereinigung, Josef Konrad, dem Spiegel, dass hinter der Vereinigung rund zwölf "besorgte Bürgerinnen und Bürger" stünden, die die AfD als "eine konservative Opposition zur herrschenden Politik im Land stärken" wollten.^[43]

Im Herbst 2016 tat der Verein so, als werbe er Spenden von Unterstützer:innen ein. Dabei verfügte er damals noch nicht einmal über ein Konto, wie Focus-Recherchen zeigten.^[44] In ein Spenden-Formular im Internet konnten Name, Email-Adresse und Wunschbetrag eingegeben werden. Wenn man dies tat, wurden aber keine Spenden eingezogen oder Zahlungsaufforderungen verschickt. Zudem versprach die Vereinigung im „Extrablatt“, Spendenbescheinigungen auszustellen, obwohl sie über die dafür notwendige Anerkennung des Finanzamtes gar nicht verfügte. Das war zumindest irreführend. Es legt zudem den Eindruck nahe, dass es für die Vereinigung mehr um die Erweckung des Anscheins einer spendenbasierten Organisation ging als um das reale Einwerben von (kleinen) Spenden.

Ende April/ Anfang Mai 2017 behauptete der Verein, er werde über zahlreiche Spenden von 14.000 Unterstützer:innen finanziert. Das ist in verschiedener Sicht fragwürdig:

- 1) Den Kern der sogenannten „Unterstützer“ bilden die Unterzeichner:innen des Manifests des Vereins. Wenn man das Manifest unterschreibt, heißt es auf der Webseite aber ausdrücklich, dass sich die Unterstützung nur auf den Aufruf beziehe und nicht auf weitere Aktionen des Vereins.^[45] Es ist insofern nicht richtig, wenn der Verein diese Unterzeichner:innen nach außen generell als Unterstützer:innen des Vereins bezeichnet. Es handelt sich erstmal nur um Personen, deren Email-Adressen der Verein hat und die er damit anschreiben kann.
- 2) Die Zahl von 14.000 angeblichen „Unterstützern“ erscheint fraglich. Es ist auffällig, dass der Verein nach außen rasch steigende „Unterstützer“-Zahlen präsentiert, aber die Zahl der Unterschriften unter das Manifest nur sehr langsam steigt. Mitte März waren es 8095 Unterschriften und der Verein sprach insgesamt von 10.000 „Unterstützern“.^[46] Bis zum 24. April stieg die Zahl der Unterschriften nur auf 8.133 (plus 38).^[47] Der Verein präsentierte aber nach außen auf einmal 14.000 angebliche „Unterstützer“.^[48] Natürlich können sich einzelne „Unterstützer“ auch per E-Mail oder Social Media bei dem Verein melden. Aber die große Differenz im Wachstum von Unterzeichnungen und „Unterstützern“ erscheint nicht plausibel. Die Kluft ist seitdem weiter gewachsen. In einer Pressemitteilung vom 8.9.2017 zur Anzeigenkampagne für die Bundestagswahl spricht der Verein von mehr als 20.000 „Unterstützern“. Die Zahl der Unterzeichner/-innen des Manifests war bis dahin nur auf 9.039 Personen gestiegen.
- 3) Außerdem muss man bedenken, dass die Spendenquoten bei E-Mailings sehr niedrig sind. Normalerweise kann man mit einem Rücklauf im Promillebereich rechnen.^[49] Natürlich sind dabei Abweichungen möglich. Aber es ist unwahrscheinlich, dass sich aus 8.000 bis 14.000 Mail-Adressen Spenden von mehreren Hunderttausend Euro ergeben, die für die aktuelle Wahlwerbung des Vereins schätzungsweise nötig sind.

Der Verein sagt selbst, dass es Großspenden gibt.^[50] Er verweigert aber die Antwort auf die Frage, welchen prozentualen Anteil Großspenden über 10.000 Euro an der Finanzierung haben.^[51] So bleibt die Zusammensetzung der Finanzierung bis heute intransparent. Es ist nur klar, dass Großspender bei der Finanzierung der Wahlwerbung für die AfD eine wichtige Rolle gespielt haben. Um wen es sich dabei handelt, bleibt im Verborgenen.

Die SZ-Journalistin Charlotte Theile berichtet, dass am Rande des Kölner Parteitags der AfD im Mai 2017 ein ehemaliges CDU-Mitglied den Namen eines großen Spenders genannt habe: „Ein schwerreicher deutscher Unternehmer, der mit ihm im Januar bei einem Strategietreffen des Vereins war.“^[52] Der Name des Unternehmers wird nicht genannt.

Gleiche Multimillionäre als Unterstützer der geplanten AfD-Stiftung

Nach Informationen von NDR, WDR und SZ soll die geplante AfD-Stiftung zum Teil von denselben Multimillionären unterstützt werden, die den Wahlwerbe-Verein unterstützt haben.^[53] Laut einem früheren Bericht sollen in die Erasmus-Stiftung unter anderem Gelder aus dem Umfeld der neoliberalen [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) fließen. In dieser sind Alice Weidel, Beatrix von Storch und der in vermögenden Kreisen gut verdrahtete AfD-Abgeordnete Peter Boehringer Mitglieder. Ein prominenter süddeutscher Unternehmer habe angekündigt, umgehend 250.000 Euro zu zahlen. Für das konkurrierende Stiftungsprojekt Stresemann wird ein Unternehmer aus Sachsen und eine hochbetagte Dame aus Bayern genannt, die ihr Erbe dem AfD-Umfeld zur Verfügung stellen wolle.^[54]

Fallbeispiele und Kritik

Umgehung der Transparenzregeln für Parteien

Die kostenintensiven Plakat- und Zeitungsaktionen, die klar dem Ziel der Wahlhilfe für die AfD verschrieben sind, werfen parteienrechtliche Fragen auf.^[55] So lagen die Kosten für Druck und Versand allein der Extrablätter für Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bei über einer Million Euro, schätzt der Nordkurier.^[56] Hinzu kommt die große Anzahl an Großflächenplakaten, deren Kosten die Bild-Zeitung auf bis zu 1200 Euro pro Stück schätzte.^[2] Insgesamt dürfte sich der Wert der Maßnahmen inzwischen sieben Wahlkämpfen auf mehrere Millionen Euro belaufen.

Summen in dieser Größenordnung sind – zumal bei einer ganz neuen Organisation ohne Massenbasis – nicht ohne Großspender zusammen zu bekommen. Parteien sind verpflichtet, die Herkunft von Großspenden offenzulegen. Sie dürfen laut Parteiengesetz anonyme Spenden nur bis maximal 500 Euro annehmen. Großspenden über 35.000 Euro müssen umgehend mit Namen der Spender veröffentlicht werden, Spenden über 10.000 Euro im jährlichen Rechenschaftsbericht der Partei (siehe [Parteispenden](#)). Im Unterschied zu Parteien müssen Vereine ihre Spender nicht offen legen.

Mit der Finanzierung von Wahlkampfmaterial über den Verein nutzen die Gönner der AfD eine juristische Grauzone, in der sie anonym bleiben können. Diese Form der Wahlkampfunterstützung wird von den Transparenzvorschriften des Parteiengesetzes nicht eindeutig geregelt.

Bendels bestätigte in der Jungen Freiheit ausdrücklich, der Verein sei „Adressat für Finanziers“, die die AfD „förderen, aber aus geschäftlichen Gründen nicht namentlich mit ihr in Verbindung gebracht werden wollen“.^[57] Der Verein räumt damit selbst ein, dass er Großspendern die Möglichkeit bietet, die Transparenzregeln des Parteiengesetzes zu umgehen.

Nach der derzeitigen Fassung des Parteiengesetzes wären die Wahlkampfhilfen nur dann als Parteispende an die AfD zu werten, wenn die AfD bei der Planung oder Organisation der Maßnahmen involviert war, d. h. Absprachen mit dem Verein getroffen hat etwa darüber, welche Plakate veröffentlicht werden oder wann das „Extrablatt“ verbreitet wird. Sowohl die AfD als auch der Verein leugnen solche Absprachen. Würden Absprachen zwischen dem Verein und der AfD nachgewiesen, müsste die AfD eine hohe Geldstrafe zahlen. Die Bundestagsverwaltung als aufsichtführende Behörde hat jedoch bislang keine rechtliche Befugnis für Ermittlungen.^[5]

Verbindungen zur AfD

Der Verein und die AfD behaupteten, voneinander unabhängig zu sein; jegliche PR-Kampagnen zugunsten der AfD seien ohne Absprache mit der Partei entstanden. Die vorgebliche Parteiunabhängigkeit ermöglicht dem Verein, die AfD indirekt zu finanzieren, ohne die Identität der Geldgeber offenzulegen. Doch die Verflechtungen sind immens.

So veröffentlichte das „Extrablatt“ in Baden Württemberg und Rheinland-Pfalz Interviews mit den jeweiligen Spitzenkandidaten der AfD-Landesverbände – die spätere Behauptung der Politiker, den Verein und dessen Aktivitäten nicht zu kennen, kann kaum als glaubwürdig gelten.^[2] Der Vereinsvorsitzende David Bendels teilte sich beim politischen Aschermittwoch der AfD in Sindelfingen das Podium mit AfD-Bundesvorstand Alice Weidel. Beim Neujahrsempfang der hessischen AfD war Bendels sogar Hauptredner, zugleich lagen Überweisungsträger des Vereins aus.^[58] Am 4. Mai 2017 ist Bendels zusammen mit dem AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland zu einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Hessen eingeladen.^[59]

Zudem stammt der erste Ansprechpartner der Vereinigung, Josef Konrad, aus der AfD und ist dort stark in die Kommunikation sowie die Produktion von Werbe- und Wahlkampfmaterialien involviert (siehe Organisationsstruktur).

Treffen mit Konrad

Recherchen der Schweizer Wochenzeitung (WoZ) und der Zeit legen nahe, dass über Konrad Verbindungen zwischen AfD und der Unterstützer-Vereinigung existierten.^[60] Laut einer internen Mail des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern war Konrad dort Ende Januar 2016 zu Gast. Bei der Sitzung ging es um die Wahlkampfplanung in Mecklenburg-Vorpommern. Weiter heißt es:

"Auf der Sitzung [des Landesvorstands] am 29.1.2016 hatten wir Josef Konrad zu Gast. Er ist Inhaber der Firma Aurum Marketing aus Bayreuth und wird ein Grafikkonzept erstellen, dass wir für unser Wahlkampfmaterial nutzen werden. Josef Konrad ist sicher einige bekannt als Herausgeber der Zeitung Polifakt. Er konnte uns aus seinen Erfahrungen in den aktuellen Wahlkämpfen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz berichten, in denen er bereits tätig ist."^[61]

Nach Recherchen der Zeit war Konrad aber nicht als offizieller Wahlkämpfer der AfD in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aktiv.^[62] Das legt nahe, dass Konrad dem Landesvorstand in Wirklichkeit über die Unterstützungskampagne berichtet hat. Demnach hätte die AfD über den Landesvorstand MV bereits vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Kenntnis über die Unterstützungskampagne gehabt. Der Landesvorstand und damalige Spitzenkandidat der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, Leif-Erik Holm, hatte Medien gegenüber im August 2016 erklärt, die Werbeaktion hätte ihn überrascht und er wisse nicht, wer dahinter stehe^[63]. Die Mail zeigt dagegen, dass es bereits im Januar einen Austausch mit Konrad gab. Und die Mail wurde auch in Holms Namen verschickt.^[61]

Anzeigen, Großplakate und Webseite für Jörg Meuthen

Brisant ist, dass die Goal AG während des Landtagwahlkampfs in Baden-Württemberg 2016 auch die Webseite von Jörg Meuthen betreute, dem AfD-Bundesvorstand und Spitzenkandidat in Baden-Württemberg. Meuthen räumte im Mai 2017 gegenüber Frontal21 (ZDF) ein, dass er Alexander Segert kenne.^[17] Meuthen hat im März 2016 vor der Landtagswahl behauptet, er habe vom „Extrablatt“ und den Großplakaten nichts gewusst und habe damit nichts zu tun.^[64] Nun stellt sich die Frage, welchen Kontakt er wirklich zu Segert und der Goal AG während des Landtagswahlkampfs hatte.

Auf Nachfragen von LobbyControl gab Meuthen an, er kenne den Chef der Goal AG, Alexander Segert, privat. Seit wann und wie der Kontakt entstand, dazu möchte Meuthen nichts sagen. Alexander Segert habe ihm die Webseite „im Rahmen eines privaten Gesprächs im Herbst 2015“ als Freundschaftsdienst angeboten. Meuthen habe das angenommen. Er habe für die Webseite nichts bezahlt. Meuthen räumte gegenüber LobbyControl Ende Mai 2017 ein, dass er diesen „unentgeltlichen Freundschaftsdienst“ bis dahin nicht als Sachspende für die AfD verbucht habe. Erst auf Nachfrage von LobbyControl lässt er den Sachverhalt überprüfen. [\[65\]](#)

Im August 2017 räumte Meuthen ein, dass die Goal AG auch Anzeigen und Großplakate für ihn finanziert hat. [\[66\]](#) Das hatte Meuthen im Mai noch verschwiegen. [\[67\]](#) Es besteht der Verdacht auf eine illegale anonyme Parteispende. Meuthen will dagegen die Unterstützung nicht als Parteispenden verstanden wissen. Der Heilbronner Stimme sagte er: „Es gab keine Beauftragung von mir und es war deswegen auch keine Spende.“ [\[68\]](#)

Das ist so nicht richtig. Extern geschaltete Anzeigen und Plakate können auch ohne Beauftragung als Sachspende gewertet werden. Als „Einnahme“ einer Partei nach § 26 Parteiengesetz gelten auch „Maßnahmen durch andere, mit denen ausdrücklich für eine Partei geworben wird“. Dies aber nur, wenn die „Übernahme“ einer solchen Maßnahme vorliegt. Meuthen hat in einer Freistellungserklärung vom 11.2.2016 die rechtliche Verantwortung für die Anzeigen der Goal AG übernommen. Er kann sich deshalb nicht darauf berufen, dass es sich um eine unabhängige Aktion der Goal AG gehandelt habe. [\[69\]](#)

Bundestagsverwaltung schätzt Wahlhilfe für Meuthen als unzulässige Spenden ein

Die Bundestagsverwaltung hat im Sommer 2018 mehrere Wahlkampfaktionen als unzulässige Spenden eingestuft: dabei geht es um die Wahlkampf-Webseite, Anzeigen und Plakate, mit denen die Goal AG Jörg Meuthen im Landtagswahlkampf 2016 unter die Arme griff. [\[70\]](#) Im April 2019 verhängte die Bundestagsverwaltung Strafen von ca. 400.000 Euro wegen illegaler Spenden im Fall von Jörg Meuthen und Guido Reil (siehe unten). [\[71\]](#)

Geld von der Goal AG für Markus Pretzell

Meuthen ist nicht der einzige AfD-Politiker, der von der Goal AG profitierte. Der Spiegel berichtet, dass die Goal AG den Großteil der Kosten für eine von Markus Pretzell organisierte Veranstaltung im Februar 2016 übernahm. Dabei waren AfD- und FPÖ-Politiker gemeinsam in Düsseldorf aufgetreten. Die Goal AG überwies demnach im Juli 2016 28.000 Euro von der Gesamtrechnung von ca. 36.000 Euro an das Düsseldorfer Kongresszentrum. [\[72\]](#)

Die Veranstaltung war zunächst als Kongress für die Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR) im Europaparlament geplant. Aufgrund der Teilnahme der FPÖ und der geänderten Rednerliste auf der Veranstaltung fühlte sich die EKR von Pretzell getäuscht und verweigerte die Zahlung der Abschlussrechnung. Die Goal AG übernahm daraufhin den Großteil der Kosten von insgesamt rund 36.000 Euro. Woher die Goal AG das Geld nahm, ist offen. In einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung hat Alexander Segert im Juli 2017 gesagt, dass das Geld "im Auftrag eines Kunden" gezahlt wurde. [\[18\]](#) Um wen es sich dabei handelt, ist unbekannt. Segert und Pretzell haben bislang nicht auf Anfragen von LobbyControl zu der Geldzahlung geantwortet.

Laut Spiegel erklärte Pretzell, dass es sich bei dem Kongress „ersichtlich um keine Parteiveranstaltung handelte. Insofern kommen auch keine Grundsätze der Parteienfinanzierung zum Tragen“. [\[72\]](#) Diese Position ist höchst fraglich. Denn die Veranstaltung wurde als AfD-Event vermarktet und öffentlich auch so wahrgenommen.

Plakate von der Goal AG für Guido Reil

Nach Recherchen von Correctiv finanzierte die Goal AG auch Wahlplakate des AfD-Politikers Guido Reil im NRW-Landtagswahlkampf 2017. Guido Reil hat selbst die Kosten auf „um die 50.000 Euro“ geschätzt. Die Plakate waren als AfD-Plakate gestaltet. Reil war über die Aktion informiert, hat ein Foto zur Verfügung gestellt und sich die Aktion AfD-intern absegnen lassen.^[73] Nach Einschätzung von LobbyControl ist die Finanzierung der Plakate demnach als Parteispende für die AfD zu werten.

Die Goal AG wollte Reil nach dessen eigener Aussage nicht sagen, wer die Plakate bezahlt. Damit würde es sich um eine anonyme Spende handeln, die in dieser Größenordnung nach Parteiengesetz verboten ist.^[74]

Verbindungen zu Alice Weidel

Alice Weidel ist mehrfach im Kontext des Vereins in Erscheinung getreten. Sie trat mit David Bendels am 1.3.2017 beim Politischen Aschermittwoch der AfD Böblingen auf.^[75] Am 25.3.2017 war sie Rednerin bei der Veranstaltung des Vereins zusammen mit dem rechten Studienzentrum Weikersheim.^[76] Weidels Mitarbeiter Daniel Tapp ist Geschäftsführer des Studienzentrums Weikersheim. Er ist zugleich früherer Referent der ehemaligen FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz^[77], die im Redaktionsbeirat des Deutschland-Kuriers sitzt.^[78] Kurz vor der Bundestagswahl 2017 veröffentlichte der Deutschland-Kurier ein Interview von Weidel.^[79]

Alice Weidel stand zudem offenbar in vertrautem Kontakt mit dem ersten Ansprechpartner des Vereins, Josef Konrad, als dieser an der AfD-Kampagne „Bargeld lacht“ mitarbeitete. Das Bargeldverbot war auch ein Thema in der Wahlwerbung des Vereins bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2016. Es gab ein Plakatmotiv dazu sowie einen Text im Extrablatt, der teilweise den gleichen Wortlaut wie die AfD-Kampagne hatte.^[80]

Deutschland-Kurier

Im Juli 2017 startete der Verein eine rechtspopulistische Zeitung, den Deutschland-Kurier.^[81] Laut Neuer Zürcher Zeitung soll die Goal AG für Gestaltung, Grafik und Satz sowie Organisation des neuen Zeitungsprojekts zuständig sein.^[82]

Zunächst soll die Zeitung gratis verteilt werden. Der Start ist in Berlin: Dort sollen am 12. und 13. Juli 2017 300.000 Berliner Haushalte die erste Ausgabe des Deutschland-Kurier erhalten. Die ersten vier Ausgaben sollen gratis sein und nach Berlin auch in Frankfurt, Köln, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg oder Dresden verteilt werden. Danach soll die Zeitung 30 Cent pro Ausgabe kosten.^[83]

Die NZZ schreibt, der Deutschland-Kurier solle der AfD vor den Bundestagswahlen das publizistische Terrain bereiten.^[82] Tatsächlich bietet die Zeitung unter anderem den AfD-Politikern Maximilian Krah und Guido Reil durch Kolumnen eine Plattform.^[84] In der ersten Ausgabe schreibt Ex-CDU-Mitglied Erika Steinbach eine Kolumne „Warum wir wieder eine echte Opposition brauchen“.^[85] Das zielt wenig verhohlen auf die AfD.

Dies wurde in der Folge durch Anzeigen des Vereins bestätigt, in denen Erika Steinbach erklärte, dass sie bei der Bundestagswahl die AfD wählen werde.^[86] Der Deutschland-Kurier war de facto eine Fortsetzung der Wahlwerbung für die AfD mit anderen Mitteln. Das zeigt sich auch daran, dass die Auflage vor der Bundestagswahl und der Niedersachsen-Wahl deutlich höher war als danach. In der Woche vor der Bundestagswahl wurden 1 Mio. Exemplare umsonst verteilt, deutlich mehr als sonst (siehe unten Auflistung der Aktivitäten zur Bundestagswahl).

Seit September 2018 wird der Deutschland-Kurier von der in Hamburg ansässigen Conservare Communication GmbH“ herausgegeben. Deren Geschäftsführer ist laut Handelsregister Bendels, der Vereinsvorsitzende.^[87] Auch die Adresse in Hamburg ist allerdings nur ein virtual office.^[88]

Zusammenarbeit Deutschland-Kurier und AfD Bayern

Für den AfD-Landesverband Bayern belegen Medienberichte und LobbyControl-Recherchen eine Zusammenarbeit von AfD-Kandidaten und Kreisverbänden mit dem Deutschland-Kurier. Demnach hat der Wahlwerbe-Verein allen bayerischen Kreisverbänden kostenlose Exemplare des Deutschland-Kuriers angeboten. Konkrete Belege für Bestellungen und Verteilaktionen gibt es für den Kreisverband Rosenheim^[4] und den Passauer AfD-Kandidat Ralf Stadler.^[89] LobbyControl-Recherchen belegen, dass auch die stellvertretende Landesvorsitzende der AfD und heutige Fraktionsvorsitzende, Katrin Steiner-Ebner, im Wahlkampf Einsatz den Deutschlandkurier verteilte, ebenso der Schweinfurter Landtagskandidat Christian Klingen.^[90]

Rüge vom Deutschen PR-Rat

Der Deutsche Rat für Public Relations sprach im Dezember 2016 eine Rüge aus, da bei dieser Wahlwerbung "der wahre Absender der politischen Kommunikation nicht hinreichend eindeutig benannt ist und die Quelle der Finanzierung der Kommunikation nicht hinreichend offen gelegt wird". Die Rüge richtet sich an die unbekannten wahren Auftraggeber hinter dem Verein und die (bis dahin) beteiligten Personen. Der PR-Rat spricht dabei von einer "offensichtlich beabsichtigten Verschleierungstaktik".^[91]

Anti-Grünen-Kampagne der Conservare Communication GmbH

Im Zuge der Bundestagswahl 2021 führte die „Conservare Communication GmbH“ eine deutschlandweite Plakatkampagne gegen das Grüne Wahlprogramm durch. Damit übernimmt die Firma eine Rolle, die zuvor dem Verein zukam. Geschäftsführer David Bendels bestätigte die Verantwortung der GmbH, die Firma verschweigt jedoch die Geldgeber:innen. Teil der Kampagne, die unter dem Hashtag „GrünerMist“ läuft, ist auch ein aufwendiger Online-Auftritt. In der Kampagne wird zwar das Markendesign der Partei aufgegriffen, jedoch bewege sich die Aufmachung noch im legalen Bereich^[92]. Die AfD nennt die Kampagne "inhaltlich begrüßenswert", streitet eine Verbindung jedoch ab.^[93] Die Plakate wurden in mindestens 50 Städten platziert, die Kosten werden auf zwischen 550.000 und 750.000 Euro geschätzt. Auf Anfrage von Correctiv gab Bendels an, „weder die AfD noch die Goal AG waren und sind an der Kampagne in irgendeiner Form direkt oder indirekt beteiligt“. Der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ stehe ebenfalls in keinem Zusammenhang mit der Kampagne.^[94]

Übersicht über die Wahlwerbung seit März 2016

Seit dem ersten Auftreten hat der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ mehrere Tausend Großplakate zugunsten der AfD gebucht, die Werbezeitung „Extrablatt“ in Millionenauflage an Haushalte verteilen lassen, Print-Anzeigen und zusätzlich Internet-Werbung geschaltet sowie den „Deutschland-Kurier“ produziert. Die Kosten dürften sich nach Schätzung von LobbyControl auf einen zweistelligen Millionenbetrag belaufen. [95]

Landtagswahl Rheinland-Pfalz, März 2016

- Hunderte Großflächenplakate (geschätzte Kosten: bis zu 1200 € pro Stück)^[2]
- 1,54 Millionen Exemplare „Extrablatt“ - geschätzte Kosten: 39.380 € Druckkosten + 230.640 € Versandkosten = 270.020 €^[96]

Landtagswahl Baden-Württemberg, März 2016

- Großflächenplakate: Zahl unbekannt^[97]
- Zwei Millionen Exemplare „Extrablatt“ laut BILD, die mindestens 10 Cent pro Stück als Kosten veranschlagt^[2]
- Nordkurier gibt auf Basis der Angaben des Vereins, 80 Prozent aller Haushalte wären beliefert worden, 4,13 Millionen Exemplare an. Geschätzte Kosten laut Nordkurier: 104.120 € Druckkosten + 524.680 € Versandkosten = 628.800 €^[96]

Anzeige in der NZZ, April 2016

Im April 2016 veröffentlichte die Vereinigung Anzeige in der Neuen Zürcher Zeitung für Aufregung, die Angela Merkel als Hütchenspielerin unter der Überschrift „Merkel mogelt weiter“ zeigt. [98]

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern, September 2016

- 753.300 Exemplare „Extrablatt“ - geschätzte Kosten: 19.550 € Druckkosten + 128.670 € Versandkosten = 148.220 €^[96]
- Außerdem Plakate und ein eigener Wahlometer, das allerdings lediglich Aussagen der AfD präsentiert. [99]

Landtagswahl Berlin, September 2016

- Keine Angaben zu Anzahl der Exemplare, es ist allerdings bekannt, dass das Extrablatt verteilt wurde.
- Es gab auch Großflächenplakate (eigene Sichtung) und Internet-Werbung^[100]

Landtagswahl Saarland, März 2017

- Laut Verein: 500.000 Exemplare „Extrablatt“ und im Großraum Saarbrücken 100 Großplakate^[101]

Landtagswahlen NRW und Schleswig-Holstein, Mai 2017

- Extrablätter in NRW: ca. 2.600.000; SH: ca. 500.000^[102]
- Großflächen: 2500, "evtl. werden noch weitere dazu gebucht"^[103]
- Die Zeit schätzt die Kosten auf bis zu vier Millionen Euro.^[36]

Bundestagswahlen 2017, September 2017

- Deutschland-Kurier: bis zur Wahl 11 Ausgaben, von denen zunächst je 300.000 Exemplare umsonst verteilt wurden. Von der 11. Auflage direkt vor dem Wahltag wurden laut Verein 1. Mio. Stück verteilt^[104]
- Anzeigen mit Erika Steinbach in der FAZ, Passauer Neuen Presse und der rechten Jungen Freiheit (möglicherweise noch in weiteren Medien).^[86]
- Großflächen-Plakate: „mehrere tausend Plakate“ nach Auskunft des Vereins^[105]

Landtagswahl Bayern, Oktober 2018

- Großflächen-Plakate: große Plakat-Aktion, genaue Zahl unbekannt. Die Plakataktion lief in Bayern offiziell nicht als Aktion des Vereins, sondern des Deutschland-Kuriers^[106]
- Deutschland-Kurier: Der Deutschland-Kurier wurde vor der Wahl in einer Auflage von bis zu 1 Mio. Exemplaren gratis verteilt.^[107]
- Dazu kam das Angebot des Vereins an die AfD-Kreisverbände in Bayern, den Deutschland-Kurier umsonst zu beziehen und selbst zu verteilen.^[108]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Anti-Grünen-Kampagne: Mindestens eine halbe Million Euro aus anonymen Quellen](#), Correctiv vom 16.08.2021, abgerufen am 17.08.2021
2. ↑ [2,02,12,22,32,42,52,6 12 Millionäre spendieren der AfD Wahlwerbung](#), Bild.de vom 03.03.2016, abgerufen am 04.05.2017
3. ↑ [3,03,13,23,3 Protokoll über die Gründung des Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten vom 21.9. 2016 samt Anwesenheitsliste im Vereinsregister Stuttgart, VR 722737](#)
4. ↑ [4,04,1 Interne Mails belegen heimliche Wahlkampffinanzierung](#), Panorama vom 20.9.2018; «[Servus Freunde](#)», Wochenzeitung (WOZ) online vom 20.9.2018; [Mails erhäusern Verdacht auf illegale Finanzierung der AfD](#), Zeit Online vom 20.9.2018, alle abgerufen am 20.9.2018
5. ↑ [5,05,1 Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt – und was sich ändern muss](#), LobbyControl-Blog vom 5.9.2016, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
6. ↑ [Bundestagsverwaltung nimmt AfD-Wahlkampfhilfe ins Visier](#), Handelsblatt Online vom 7.3.2016, abgerufen am 2.5.2017
7. ↑ [7,07,1 Schweizer "Weltwoche" prüft rechtliche Schritte gegen "Extrablatt"](#), Tagesspiegel.de vom 07.09.2016, abgerufen am 04.05.2017
8. ↑ [Extrablatt zur Wahl – Millionenfache Werbung für die AfD](#), Stuttgarter Nachrichten vom 01.03.2016, abgerufen am 04.05.2017
9. ↑ [Hetz-Flyer schüren Verdacht auf illegale Parteispende](#) Spiegel.de vom 06.03.2016, abgerufen am 04.05.2017

10. ↑ [10,010,1 Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ vom 21.08.2016, abgerufen am 04.05.2017
11. ↑ [AfD geht gegen eigene Unterstützer vor](#), Spiegel Online vom 21.7.2018, zuletzt abgerufen am 24.7.2018
12. ↑ [Die AfD klagt gegen Werbung für die AfD](#), Welt vom 21.10.2018, abgerufen am 21.11.2018
13. ↑ [Auskunft von Regus an LobbyControl](#), September 2018
14. ↑ [CSU-Rebell Bendels tritt aus der Partei aus](#), Süddeutsche.de vom 02.06.2016, abgerufen am 04.05.2017
15. ↑ [Geschichte klittern mit Günther Oettinger](#), Kontext Wochenzeitung vom 29.03.2017, abgerufen am 04.05.2017
16. ↑ [Machen ausländische Nationalisten Werbung für die AfD?](#) FAZ vom 24.04.2017, abgerufen am 04.05.2017
17. ↑ [17,017,1 Fragwürdige Wahlwerbung. Das diskrete Helfernetzwerk der AfD](#), Frontal21-Bericht vom 16.5.2017, zuletzt abgerufen am 17.5.2017
18. ↑ [18,018,1 Alexander Segert: «Das fällt schwer in den Bereich von Verschwörungstheorien»](#), Interview auf NZZ Online vom 1.7.2017, zuletzt abgerufen am 11.7.2017
19. ↑ [Kreisverband Oberfranken](#), AfD-Bayern.de vom 13.01.2016, abgerufen am 04.05.2017
20. ↑ [Das Phantom von Himmelkron](#), Focus vom 08.10.2016, abgerufen am 04.05.2016
21. ↑ Siehe [www.polifakt.de/impressum/](#)
22. ↑ [AfD—Sachsen aktuell 01/2016 von Januar 2016](#), S. 10, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
23. ↑ [AfD kontiert Sixt-Anzeige mit Gauland](#) AfD-Webseite vom 09.06.2016, abgerufen am 27.4.2017
24. ↑ [AfD-Unterstützer machen Stimmung in der Schweiz](#), Blick.ch vom 30.05.2016, abgerufen am 04.05.2017
25. ↑ [Rechter Aktivist aus Stuttgart als Strohmann für die Unterstützung des AfD-Wahlkampfs in MV?](#), Keinealternative Blog vom 19.08.2016, abgerufen am 04.05.2017
26. ↑ [Was mich antreibt. Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten: Auszüge aus der Dankesrede des diesjährigen Preisträgers Michael Paulwitz](#). In: Junge Freiheit vom 25.11.2011
27. ↑ [Die wollen nicht nur lesen](#). Spiegel 5/2017, S.44-46
28. ↑ [Alles nur geklaut? Das AfD-«Extrablatt» sieht dem SVP-Original verdächtig ähnlich](#), Aargauer Zeitung.de vom 16.03.2016, abgerufen am 04.05.2017
29. ↑ "Ebenso haben wir den Verein konzeptionell bei der Planung sowie beim Aufbau der Vereinswebsite unterstützt." Mail von Alexander Segert an LobbyControl, 10.5.2017
30. ↑ [Der Auslandseinsatz des SVP-Werbers](#), WoZ Nr. 20/2017 vom 18.05.2017. Die WoZ zitiert Segert, er sei bereits für die „Konzeptionierung der Webseite sowie der Vereinszeitung“ zuständig gewesen, zudem stelle er das „Know-How biem Plakatplaning“ bereit.
31. ↑ [31,031,1 Die anonymen Gönner der AfD](#), Spiegel.de vom 09.09.2016, abgerufen am 04.05.2017
32. ↑ [AfD will nach Terroranschlägen Stimmung gegen Angela Merkel machen](#), GMX.net vom 17.09.2016, abgerufen am 04.05.2017
33. ↑ [Machen ausländische Nationalisten Werbung für die AfD?](#), FAZ vom 24.04.2017, abgerufen am 04.05.2017
34. ↑ [Dubiose Wahlwerbung für die AfD – Schweizer Goal AG mischt mit](#), LobbyControl-Blog vom 11.05.2017, abgerufen am 11.05. 2017
35. ↑ [AfD: Hilfe aus der Schweiz](#). Spiegel vom 25.03.2017 und Schweizer Schützenhilfe. Wirtschaftswoche vom 21.4.2017, S.34-35. In der Wirtschaftswoche findet sich die Aussage, Segert sei nur als Ersatz eingesprungen.
36. ↑ [36,036,1 Schatten-Spender](#), Zeit vom 11.5.2017, zuletzt abgerufen am 17.5.2017

37. ↑ [Die Partei, die am liebsten bar zahlt](#), Neue Zürcher Zeitung.de vom 10.03.2012, abgerufen am 04.05.2017
38. ↑ [AfD-nahe Vereinigung mit Verbindung zur FENL](#), Crumbling Walls Blog vom 14.09.2016, abgerufen am 04.05.2017
39. ↑ [Goal AG IP-Adresse](#) utrace.de vom 04.05.2017, abgerufen am 04.05. 2017
40. ↑ [RechtundFreiheit.de IP-Adresse](#) utrace.de vom 04.05.2017, abgerufen am 04.05. 2017
41. ↑ [Mann fürs Grobe](#), NZZ online vom 30.8.2009, abgerufen am 6.6.2017
42. ↑ [Lobbyisten-Verband schliesst fünf Mitglieder aus](#), NZZ online vom 1.7.2016, abgerufen am 6.6.2017
43. ↑ [Hetz-Flyer schüren Verdacht auf illegale Parteispende](#), Spiegel Online vom 5.3.2016, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
44. ↑ [Das Phantom von Himmelkron](#). Focus Online vom 8.10.2016 (und Focus 40/2016), zuletzt abgerufen am 4.5.2017
45. ↑ [Webseite des Vereins](#), www.rechtundfreiheit.de/unterstuetzer-werden/, zuletzt abgerufen am 3.5.2017.
46. ↑ [8095 Unterzeichner am 14.3.2017 laut www.rechtundfreiheit.de/unterstuetzer/](#). Die Zahl von 10.000 Unterstützer:innenn stammt aus einer Mail von David Bendels an LobbyControl vom 16.3.2017.
47. ↑ [Laut Vereins-Webseite am 24.4.2017.](#)
48. ↑ Siehe der Ankündigung der Wahlwerbung auf [www.metropolico.org/2017/04/24/extrablatt-zur-landtagswahl/](#), 24.4.2017. Siehe auch [Rechtspopulistischer Verein wirbt mit Gratis-Zeitungen für die AfD](#), WDR online vom 2.5.2017, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
49. ↑ Vgl. etwa Peta-Präsentation beim Fundraisingkongress 2014 oder die [Erfahrungswerte der Werbeagentur Kindermann](#), zuletzt abgerufen am 3.5.2017
50. ↑ U.a. in [Teure Wahlkampfhilfe für die AfD](#), NDR online vom 19.4.2017, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
51. ↑ [Telefonat von LobbyControl mit dem Vereinsvorsitzenden David Bendels am 14.3.2017](#)
52. ↑ Charlotte Theile: [Ist die AfD zu stoppen? Die Schweiz als Vorbild der neuen Rechten](#). Zürich 2017. S. 157f
53. ↑ [Rechter Thinktank mit Stallgeruch](#), Tagesschau online vom 9.3.2018, zuletzt abgerufen am 15.3.2018
54. ↑ [Rechte Strippenzieher hinter Projekt "Stresemann"](#), Tagesschau online vom 12.1.2018, zuletzt abgerufen am 15.3.2018
55. ↑ Vgl. auch "[Parteispendenrecht müsste geändert werden](#)", Interview mit der Staatsrechtlerin Sophie Schönberger auf NDR online vom 19.4.2017, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
56. ↑ [Verheimlicht die AfD die größte Parteispende der letzten Jahre?](#), Nordkurier vom 1.9.2016, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
57. ↑ Kleine, feine Denkfabrik, Junge Freiheit vom 13.1.2017, online unter [www.rechtundfreiheit.de/2017/01/12/kleine-feine-denkfabrik](#), abgerufen am 2.2.2017
58. ↑ [Geheime Spender](#), Spiegel 12/2017 vom 18.3.2017, S.33
59. ↑ [AfD holt Gauland nach Büdingen](#), Kreis-Anzeiger (Zeitungsguppe Zentralhessen) vom 28.4.2017, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
60. ↑ [Der Auslandseinsatz des SVP-Werbers](#), WoZ Nr. 20/2017 vom 18.05.2017; [Millionen aus der Grauzone](#), Zeit vom 18.5.2017, beide abgerufen am 6.6.2017
61. ↑ [61.061.1 "Informationen des Landesvorstandes 2/2016"](#), Mail der Landessprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern Leif-Erik Holm und Dr. Matthias Manthei vom 8.2.2016. Liegt LobbyControl vor
62. ↑ [Millionen aus der Grauzone](#), Zeit vom 18.5.2017, abgerufen am 6.6.2017
63. ↑ [Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ online vom 21.8.2016, abgerufen am 6.6.2017

64. ↑ Siehe unter anderem Alternative Lügenpresse, Spiegel 10/ 2016 vom 5.3.2016, zuletzt abgerufen am 17.5.2017 und [Bundestagsverwaltung nimmt AfD-Wahlkampfhilfe ins Visier](#), Handelsblatt Online vom 07.03.2016.
65. ↑ [Wie sich AfD-Politiker von der Goal AG unterstützen lassen](#), LobbyControl-Blog vom 9.6.2017, abgerufen am 9.6.2017
66. ↑ Das Eingeständnis erfolgte nach Recherchen von [Frontal21](#) und des [Recherche-Zentrums Correctiv](#). Siehe auch [Meuthens heimliche Helfer](#), LobbyControl-Blog vom 30.8.2017, abgerufen am 31.8.2017
67. ↑ Mail von Jörg Meuthen an [LobbyControl](#), 18.5.2017
68. ↑ [Kritik an Meuthen wegen Wahlanzeige](#), Heilbronner Stimme vom 30.8.2017, abgerufen am 31.8.2017
69. ↑ Ausführlicher zur parteienrechtlichen Bewertung: [Meuthens heimliche Helfer](#), LobbyControl-Blog vom 30.8.2017, abgerufen am 31.8.2017
70. ↑ "Swiss Connection" wird für die AfD zum Spendenproblem, Spiegel Online vom 15.8.2018, abgerufen am 30.8.2018
71. ↑ [AfD muss 400.000 Euro Strafe zahlen](#), Spiegel Online vom 16.4.2019, abgerufen am 20.5.2019
72. ↑ [72.072,1 AfD-Politiker Pretzell erhielt finanzielle Unterstützung aus der Schweiz](#), Spiegel Online vom 9.6.2017, abgerufen am 9.6.2017
73. ↑ [Schweizer Plakatgeheimnis](#), Correctiv Online vom 13.7.2017, zuletzt abgerufen am 19.7.2017
74. ↑ Das Verbot der Annahme anonymer Spenden findet sich im Parteiengesetz § 25, Abs. 2, Nr. 6 (Parteiengesetz als pdf, S. 12).
75. ↑ [Mysteriöse Beziehungen zu reichen Göntern](#), Spiegel Online vom 17.2.2017, abgerufen am 11.11.2018
76. ↑ [Rechtskonservative feiern Thilo Sarrazin](#), Stuttgarter Zeitung vom 26.3.2017, abgerufen am 11.11.2018
77. ↑ [AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde](#), Zeit Online vom 21.3.2018 sowie [Geschäftsstelle](#), Webseite des Studienzentrums Weikersheim, beide abgerufen am 12.11.2018
78. ↑ [Redaktion der Ehemaligen](#), Zeit Online vom 11.7.2017, abgerufen am 12.11.2018
79. ↑ Deutschland-Kurier vom 13.9.2017, S. 6
80. ↑ [Hat sich die AfD illegal finanziert?](#), Zeit vom 8.8.2018 sowie «[Hallo Alice](#)», WOZ vom 9.8.2018, abgerufen am 12.11.2018
81. ↑ [Die Webseite ist seit 11.7.2017 online unter deutschland-kurier.org](#)
82. ↑ [82.082,1 Die AfD erhält Unterstützung aus der Schweiz](#), NZZ online vom 1.7.2017, zuletzt abgerufen am 11.7.2017
83. ↑ [Redaktion der Ehemaligen](#), Zeit Online vom 11.7.2017, zuletzt abgerufen am 11.7.2017
84. ↑ [Redaktion](#), Deutschlandkurier, abgerufen am 11.7.2017
85. ↑ [Warum wir wieder eine echte Opposition brauchen](#), Deutschlandkurier abgerufen am 11.7.2017
86. ↑ [86.086,1 Die Anzeigen in FAZ, PNP und JF wurden in Social Media-Kanälen des Vereins gepostet](#). Siehe zu weiteren geplanten Anzeigen [Steinbach wirbt jetzt für die AfD](#), Sächsische Zeitung online vom 6.9.2017, zuletzt abgerufen am 11.9.2017
87. ↑ [Die AfD klagt gegen Werbung für die AfD](#), Welt vom 21.10.2018, abgerufen am 21.11.2018
88. ↑ Auskunft von Regus an [LobbyControl](#), September 2018
89. ↑ [Illegal Wahlkampffinanzierung? Gratis Wahlkampfhilfe für die AfD](#), Kontrovers (BR) vom 4.10.2018, abgerufen am 21.11.2018
90. ↑ [Bayern-AfD verteilt anonym finanziertes Wahlkampfmaterial](#), LobbyControl-Pressemitteilung vom 4.10.2018, abgerufen am 21.11.2018
91. ↑ [DRPR Ratsbeschluss im Verfahren 02/2016: „Extrablatt“ und Großplakate im Landtagswahlkampf 2016 \(pdf\)](#), zuletzt abgerufen am 4.5.2017

92. ↑ [1], MDR vom 13.08.2021, abgerufen am 16.08.2021
93. ↑ [2], WDR vom 12.08.2021, abgerufen am 16.08.2021
94. ↑ Anti-Grünen-Kampagne: Mindestens eine halbe Million Euro aus anonymen Quellen, Correctiv vom 16.08.2021, abgerufen am 17.08.2021
95. ↑ Die vorliegenden Schätzungen für einzelne Werbe-Aktionen bis einschließlich der NRW-Wahl 2017 belaufen sich auf rund fünf Millionen Euro. Für die Unterstützungsaktionen in Berlin und dem Saarland sowie die Plakate in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern, für die keine Schätzungen vorliegen, haben wir 500.000 Euro veranschlagt. Das ist eine niedrige Annahme; gerade bei den Plakaten könnten die Ausgaben deutlich höher gelegen haben. Das ergibt Ausgaben von 5,5 Mio. Euro vor dem Bundestagswahlkampf. Bei der Bundestagswahl lagen die Zahl der Plakate laut Auskunft des Verein deutlich über der für die NRW-Wahl. Damals hatte die Zeit Kosten von bis zu vier Millionen veranschlagt. Das kommt also mindestens dazu (plus die Zeitungsanzeigen mit Erika Steinbach). Außerdem rechnen wir mit mindestens 500.000 Euro Kosten für den Deutschland-Kurier bis zur Bundestagswahl. Damit lag bereits bei der Bundestagswahl die Schätzung im zweistelligen Bereich. Dazu kommen die Ausgaben für den Deutschland-Kurier 2018, für die Plakataktion zur bayerischen Landtagswahl im Oktober 2018 sowie alle Kosten für Videos und Online-Werbung seit 2016. Die Aufwendungen für Internetwerbung sind schwer schätzbar. Insgesamt dürften die Ausgaben damit deutlich über 10 Millionen Euro liegen.
96. ↑ 96,096,196,2 Verheimlicht die AfD eine Millionen-Spende? Nordkurier vom 2.9. 2016, S.7. Es gibt eine kürzere Online-Ausgabe des Artikels, die aber die Zahlen für die verschiedenen Wahlkämpfe nur als Summe nennt: Verheimlicht die AfD die größte Parteispende der letzten Jahre?, Nordkurier Online vom 1.9.2016, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
97. ↑ Existenz dokumentiert durch Foto in [www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern /afd-erhaelt-wahlunterstuetzung-von-verein-in-mecklenburg-vorpommern-14398142.html Die geheimen Helfer der AfD], FAZ online vom 21.8.2016, zuletzt abgerufen am 11.9.2017
98. ↑ AfD-Unterstützer machen Stimmung in der Schweiz, Blick vom 25.4.2016, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
99. ↑ Versteckte AfD-Werbung: Dieser Wahlometer ist alles andere als neutral, Stern Online vom 29.4.2017, zuletzt abgerufen vom 4.5.2017
100. ↑ SPD-Chef Gabriel meidet den Berlin-Wahlkampf, BZ-Berlin vom 19.8.2016, zuletzt abgerufen am 3.5.2017. Es geht um den letzten Abschnitt zur Werbung auf der Facebook-Seite der SPD-Politikerin Franziska Giffey. In der (vergrößerten) Grafik ist der Link auf rechtundfreiheit.de zu erkennen.
101. ↑ AfD-Freunde planen massive Werbung vor der Landtagswahl, Saarbrücker Zeitung vom 10.3.2017, zuletzt abgerufen am 4.5.2017
102. ↑ Antwort des Vereins auf eine LobbyControl-Anfrage am 25.4.2017
103. ↑ Telefonat von LobbyControl mit David Bendels, 26.4.2017
104. ↑ Die Angaben zu den Verteilaktionen stammen aus Social Media-Kanälen des Vereins.
105. ↑ Auskunft des Vereins an LobbyControl, 8.9.2017
106. ↑ Pressemitteilung des Deutschland-Kuriers vom 2.10.2018, <https://www.deutschland-kurier.org/pressemitteilung-jetzt-eine-alternative-waehlen/>
107. ↑ Zweifelhafte Unterstützung, FAZ online vom 2.10.2018, abgerufen am 5.11.2018
108. ↑ Interne Mails belegen heimliche Wahlkampffinanzierung, Panorama vom 20.9.2018; «Servus Freunde», Wochenzeitung (WOZ) online vom 20.9.2018; Mails erhärten Verdacht auf illegale Finanzierung der AfD, Zeit Online vom 20.9.2018, alle abgerufen am 20.9.2018